

BDKJ

magazin

11. Jahrgang
Ausgabe 3.2014

Fulda



**kein
mensch
ist
illegal**

BDKJ-Thema:

Flucht und (Kirchen-)Asyl

Das Recht, Rechte zu haben

Weg in die Freiheit





8



12

Editorial

Jeden Tag sehen und treffen wir Menschen. Wir können Menschen mit vielen Eigenschaften beschreiben. Der Holocaust-Überlebende Elli Wiesel hat mal gesagt: „Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?“



Während Ihr dieses Magazin lest, ist eine internationale Polizeioperation in vollem Gange. Ende Oktober wollen europäische Polizeiorganisationen sowohl an den Außengrenzen als auch innerhalb der EU systematisch Menschen aufgreifen, ihren Aufenthaltsstatus prüfen und dann gegebenenfalls abschieben. Die Polizei kontrolliert Menschen, weil sie ihnen ein „ausländisches Aussehen“ zuschreibt. Das wird rassistisch als „racial profiling“ bezeichnet, weil Menschen auf Grund physischer Merkmale unter Verdacht gestellt und polizeilichen Maßnahmen ausgesetzt werden. Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht und nur die wenigsten schaffen es nach Deutschland. Doch statt Flüchtlinge aufzunehmen, wird aufgerüstet. Der Not und der Lebensgefahr des Krieges und der Flucht wird mit Illegalisierung, Kontrolle, Abschiebehaft und „Rückführung“ begegnet.

Der Name der Polizeioperation „mos maiorum“ kann so gesehen kaum zynischer gewählt sei: Der mos maiorum bezeichnete in der späten römischen Republik die moralischen Vorstellungen der Aristokrat*innen. Diese Sitten umfassten etwa Gerechtigkeit, Redlichkeit und militärische Stärke. Mit diesem Kodex legitimierte und mystifizierte die römische Republik ihren Aufstieg zur Weltmacht. Für mich hat eine „Festung Europa“, die mit „militärischer Stärke“ gegen Schutzsuchende vorgeht, nichts mit Gerechtigkeit oder Redlichkeit zu tun. Menschen abzuweisen und gewaltsam zurückzuschicken ist keine „Sitte“. Ich möchte keine Weltmacht, sondern Menschen willkommen heißen.

Lasst uns gemeinsam überlegen, was wir tun können, denn kein Mensch ist illegal! In diesem Sinne wünsche ich Euch eine gute Lektüre dieser Ausgabe!

Christian Wirsner

Impressum

Herausgeber des BDKJ-Magazins ist der:
 Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
 Diözesanverband Fulda, Paulustor 5, 36037 Fulda
 Telefon: 0661-87.395 bdkj@bistum-fulda.de
 V.i.S.P.: Katharina Schick, Redaktion: Christian Kirschner,
 Layout: Melanie Bischof, Titelbild: Pixelio.de

Inhalt

BDKJ-Thema

Das Recht, Rechte zu haben	4
Humane Pflicht, Menschen in Not zu helfen	8
Women in exile	10
„Der Toten zu gedenken...“	12
Weg in die Freiheit	14
Lampedusa in Rhein-Main	16

Berichte

Zwischen Baklava und Gezi-Park	18
Magazin nach neuem Rezept	21
Kritischer Konsum	22

BDKJ-Verbände

KjG: Interrail-Tour	23
Malteser Jugend: „... dem Himmel entgegen“	26
DPSG: 60 Jahre DPSG Marburg	26
KLJB: Reise durch die Zeit	27

Es herrscht Krieg

Aufruf an die Politik in Deutschland



Sehr geehrte Damen und Herrn,

es herrscht Krieg. Sei es in Israel und Palästina, in Syrien, im Irak, in der Ukraine, in Nigeria, Mali oder in vielen anderen Ländern. Kinder und Jugendliche, Jungen und Mädchen dienen als Schutzschilder, als Instrumente der Erpressung, als Soldatinnen und Soldaten und für die Fortsetzung des realen Krieges in den Medien.

Sie werden missbraucht, getötet und vertrieben. Sie verlieren ihre Mütter, Väter, Geschwister, ihre Heimat und ihre Seelen. Kinder und Jugendliche sind immer Opfer! Sie wollen keinen Krieg. Sie wollen keine Kriege um Staatsgrenzen, um ethnische Zugehörigkeiten, um Öl und andere Rohstoffe, keine Glaubenskriege und keine Kriege um Macht. Das sind die Kriege der Erwachsenen!

Als Bund der Deutschen Katholischen Jugend wollen wir die bedrückende Sprachlosigkeit, die seit Monaten angesichts der scheinbar kaum lösbaren Konflikte herrscht, durchbrechen. Dabei sind wir entschieden parteiisch für Kinder und Jugendliche.

Kinder und Jugendliche wollen Frieden. Sie wollen leben, spielen, lernen und in einer bunten Welt aufwachsen. Sie sehnen sich nach Frieden, nach Familie, Freunden und nach sicheren Orten. Sie wollen gesund aufwachsen und frei sein. Dies gilt für alle Kinder und Jugendliche, sei es in Israel und Palästina, in Syrien, im Irak, in der Ukraine, in Nigeria, in Mali oder bei uns in Deutschland!

Und weil die Wünsche und Sehnsüchte der Kinder und Jugendlichen weltweit gleich sind, fordern wir auch die deutsche Regierung auf, die Logik des Krieges endlich zu durchbrechen und zurück zu kehren zu einer friedensorientierten Politik.

Wir brauchen wieder den absoluten Vorrang für eine gewaltfreie und vor allem präventive Außenpolitik, die heranziehende Konflikte frühzeitig erkennt und ihnen mit friedlichen Mitteln entgegenwirkt.

Wir akzeptieren nicht, dass Kinder und Jugendliche in einem Deutschland aufwachsen, in dem sie sich für ihren Pazifismus und ihren sogenannten „kindlichen Wunsch nach Frieden“ rechtfertigen müssen. Rechtfertigen müssen sich vielmehr die Menschen, die so lange nichts tun, bis es vermeintlich zu spät ist. Unsere Vorstellung von Pazifismus beginnt nicht erst in der Ultima Ratio Diskussion, sondern setzt viel früher an. Uns geht es um die Einhaltung von Menschenrechten und der UN Kinderrechtskonvention, um Teilhabe und Gleichberechtigung, um eine gerechte Weltwirtschaft und nicht um Ausbeutung, um eine Demokratisierung, die mit Bildung einhergeht. Uns geht es um Respekt vor anderen Kulturen und Religionen.

Im Namen von Kindern und Jugendlichen fordern wir eine Außenpolitik, die die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt, den Schutz natürlicher Ressourcen vor wirtschaftliche Interessen einzelner setzt und präventiv mit friedlichen Mitteln Konflikten entgegenwirkt, bevor sie eskalieren.

Im Namen von Kindern und Jugendlichen fordern wir die Einhaltung und Umsetzung der UN Kinderrechtskonvention, besonders für die vielen Kinder und Jugendlichen, die derzeit in unser Land flüchten müssen.

Als BDKJ werden wir unseres dazu beitragen. An der Politik und deren Haltung gegenüber Frieden und gewaltfreien Konfliktlösungsansätzen müssen Sie etwas ändern. ◀

Mit freundlichen Grüßen
Katharina Schick

Foto: Harraga, Jugendfoto.de



Das Recht, Rechte zu haben

Menschen weltweit auf der Flucht



Die Schlagzeilen über das Thema Flucht und Asyl - weltweit und in Deutschland - reißen nicht ab: Vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass Mitarbeiter einer privaten Sicherheitsfirma Flüchtlinge in einer Notunterkunft in Nordrhein-Westfalen misshandelt haben. Auf dem Handy-Foto war ein 20-jähriger Flüchtling aus Algerien zu sehen, der auf dem Boden lag, sowie zwei uniformierte Sicherheitsleute. Einer der beiden Sicherheitsmänner stellte dem Algerier den Fuß in den Nacken und grinste dabei. Der Hagener Polizeipräsident kommentierte dieses Foto mit den Worten: „Das sind Bilder, die man sonst nur aus Guantanamo kennt“.

Am 19. September 2014 verabschiedete der Deutsche Bundesrat eine Gesetzesänderung im Bereich des Asylrechts. Mit Inkrafttreten des sog. Asylkompromisses gelten die Staaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina künftig als sichere Herkunftsländer. Fortan können Asylbewerber*innen, die aus diesen Balkanstaaten in die Bundesrepublik einreisen, schneller abgeschoben werden. Betroffen von der Asylreform sind vor allem Sinti und Roma, denn sie stellen einen großen Anteil der Flüchtlinge aus den Ländern des westlichen Balkans.

Das weltweite Flüchtlingsproblem

2013 ist ein Jahr der traurigen Rekorde: In keinem Jahr zuvor waren weltweit so viele Menschen auf der Flucht wie in diesem Jahr. Doch wer ist ein Flüchtling? Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) („Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“) ist eine Person, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.“

Die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) ist das zentrale internationale Dokument, in dem der Begriff „Flüchtling“ präzise definiert ist. Die 146 Staaten, die der Konvention mittlerweile beigetreten sind, verpflichten sich als Unterzeichnerstaaten dazu, die Prinzipien der GFK umzusetzen. Die Genfer Flüchtlingskonvention schreibt des Weiteren fest, dass ein Flüchtling nicht in ein Land zurückgewiesen werden darf, in dem ihm Folter oder andere schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Bei diesem Prinzip des „Non-refoulement“, des „Verbots der Ausweisung und Zurückweisung“, handelt es sich um ein Kernstück der GFK.



Foto: Privat

Einige Staaten - wie z. B. die Türkei - haben die GFK jedoch nur mit einem Regional-Vorbehalt ratifiziert, d. h. in der Türkei können nur europäische Flüchtlinge Asyl erhalten. Nicht-europäische Flüchtlinge hingegen haben keine Chance, in einem Asylverfahren anerkannt zu werden. Es ist offensichtlich, dass eine solche Einschränkung in Anbetracht der globalen Migrationsbewegungen an der Realität vorbeigeht. Das Festhalten an dem territorialen Vorbehalt hat für die Türkei in erster Linie die Funktion, für die zahlreichen Flüchtlinge, die die Türkei erreichen, nicht die Verantwortung tragen zu müssen.

Wie viele Menschen sind weltweit auf der Flucht?

Ende des Jahres 2013 waren weltweit 51,2 Millionen Menschen „displaced“, d.h. sie wurden gewaltsam dazu gezwungen, ihre Herkunftsregion zu verlassen - als Ergebnis von Verfolgung, gewaltsamen Konflikten, der Anwendung von Gewalt gegen Menschen und soziale Gruppen, der Folge von Menschenrechtsverletzungen durch staatliche oder nicht-staatliche Akteure.

16,7 Millionen Menschen gelten als Flüchtlinge. Hinzu kommen 5 Millionen Palästinenser*innen, die von der UN-Organisation „United Nations Relief and Works Agency“ (UNRWA) registriert worden sind. Zu den „Displaced Persons“ zählen auch 33,3 Millionen Binnenvertriebene (Internally Displaced Persons, IDP) und in etwa 1,2 Millionen Asylbewerber*innen. Die wichtigsten Herkunftsländer von Flüchtlingen im Jahr 2013 waren Afghanistan, Syrien und Somalia, gefolgt vom Sudan, der Demokratischen Republik Kongo, Myanmar, dem Irak, Kolumbien, Vietnam und Eritrea.

Afghanistan verzeichnet für das Jahr 2013 2.556.600 Flüchtlinge, die in ca. 86 Ländern leben. 95 Prozent aller afghanischen Flüchtlinge leben in Pakistan oder im Iran.

Während Afghanistan über drei Jahrzehnte hinweg das wichtigste Herkunftsland von Flüchtlingen war, führte der Bürgerkrieg in Syrien dazu, dass im Laufe des Jahres 2013 die Anzahl von Flüchtlingen aus Syrien stark angestiegen ist. Ende 2013 kamen 2,47 Millionen Flüchtlinge aus Syrien.

Damit stellten syrische Flüchtlinge die zweitgrößte Gruppe der Flüchtlinge weltweit. Alleine im Jahr 2013 flohen 2,2 Millionen Menschen aus Syrien; sie suchten in erster Linie Zuflucht innerhalb ihrer Region. Vor allem der Libanon, die Türkei, Jordanien, der Irak und Ägypten übernahmen Verantwortung für den Exodus aus Syrien und nahmen Flüchtlinge auf (Libanon: 851.300, Türkei: 585.600, Jordanien: 585.300, Irak: 212.800, Ägypten: 131.700).

Im aktuellen Bericht „Global Trends“ zeigt der UNHCR auf, dass der größte Anteil der Flüchtlinge weltweit in der Peripherie („developing regions“) lebt; ein relativ geringer Anteil fand Zuflucht in den Zentren bzw. in den hoch industrialisierten Ländern („developed countries“). Die statistischen Daten zeigen, dass im Jahr 2013 das Engagement der Industrienationen wieder auf das Niveau der Jahre 1989 bis 1991 zurückgefallen ist. Ende des letzten Jahres boten die Länder der Peripherie 10,1 Millionen Flüchtlingen Zuflucht; dies entspricht einem Anteil von 86 Prozent der Flüchtlinge weltweit. Demnach fanden nur 14 Prozent aller weltweiten Flüchtlinge in einer der Industrienationen Zuflucht oder Asyl.

Setzt man die Anzahl der Flüchtlinge ins Verhältnis zum Bruttonationalprodukt des Landes, so kommt man zu folgendem Ranking: Pakistan (512 Flüchtlinge pro 1 US \$), Äthiopien (336 Flüchtlinge pro 1 US \$), Kenia (295 Flüchtlinge pro 1 US \$) und Tschad (199 Flüchtlinge pro 1 US \$). Diese Reihenfolge verändert sich, wenn die Anzahl der Flüchtlinge in Relation gesetzt wird zur Anzahl der nationalen Bevölkerung des Aufnahmelandes: Im Libanon kommen 178 Flüchtlinge auf 1.000 Einwohner, gefolgt von Jordanien (88). In diesen beiden Staaten machen sich die Folgen der Fluchtbewegung aus Syrien deutlich bemerkbar.

Das Asylrecht als Menschenrecht ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland im Artikel 16a (1) verankert: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Die verfassungsrechtliche Verankerung des Rechts auf politisches Asyl wurde jedoch vom Deutschen Bundestag Ende 1992 - als Ergebnis eines längeren Prozesses der Bemühungen um Abschaffung bzw. Einschränkung des Asylrechts - massiv in seinem Wesensgehalt verändert.

Die 1993 in Kraft getretene Reform des Asylrechts sieht vor, dass Personen aus Drittstaaten nicht von dem Recht auf Asyl Gebrauch machen können. Als Drittstaat gelten alle EU-Mitgliedsstaaten und weitere Drittstaaten, in denen die Anwendung der GFK und der Europäischen Menschenrechtskonvention sichergestellt sind.

Die Reform des Asylrechts sieht des Weiteren vor, dass der Deutsche Bundestag mit Zustimmung des Deutschen Bundesrats eine Liste sicherer Herkunftsländer festlegen kann. Bei solchen Staaten gilt „die widerlegbare Vermutung der Verfolgungsfreiheit“. Als sicher gilt ein Herkunftsstaat dann, „wenn in ihm weder Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet.“

Dies heißt in der Konsequenz, dass Asylanträge von Menschen aus sog. sicheren Herkunftsstaaten in der Regel als „unbegründet“ oder „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt werden. Die Liste der sicheren Herkunftsländer wurde im September 2014 um die Staaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina ergänzt. Fortan können Asylbewerber*innen, die aus diesen westlichen Balkanstaaten in die Bundesrepublik einreisen, umgehend abgeschoben werden. Ein Großteil der Menschen, die aus jenen Ländern fliehen, sind Sinti und Roma.



An dieser Asylrechtsreform übten Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen massiv Kritik. Die Tatsache, dass bestimmte Staaten als Drittstaaten oder sichere Herkunftsländer kategorisiert werden, widerspreche dem Geist und der Intention der GFK. Flüchtlinge und Asylbewerber*innen sollten als Individuum das Recht auf Prüfung ihres Asylantrags behalten dürfen - und nicht aufgrund ihrer nationalen Herkunft pauschal abgelehnt werden.

Seit Inkrafttreten der Asylrechtsreform des Jahre 1993 ist die Anzahl der im Bundesgebiet gestellten Asylanträge dramatisch zurückgegangen. Dies liegt auch darin begründet, dass das Dubliner Übereinkommen das Prinzip „one chance only“ festlegt und festschreibt, dass Menschen, die auf ihrem Fluchtweg Bodenkontakt zu einem Drittstaat hatten, umgehend in diesen Staat „rückgeführt“ werden. Asylbewerber*innen, die z.B. über Polen, Spanien oder Italien die Bundesrepublik Deutschland erreicht haben, sind nicht dazu berechtigt, in Deutschland Asyl zu beantragen.

Die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl hatte einen massiven Einfluss auf die Entwicklung der Asylanträge: Die Statistik des BAMF verzeichnet für das Jahr 1992 insgesamt 438.191 Anträge auf Asyl; im Jahre 2007 wurden nur noch 19.164 Asylanträge gestellt. Seitdem steigt die Anzahl der im Bundesgebiet gestellten Asylanträge wieder langsam an.

Für das Jahr 2013 registrierte das „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ (BAMF) 109.580 Asylanträge. Im bisherigen Berichtsjahr (Januar bis August 2014) wurden 99.592 Erstanträge auf Asyl gestellt; verglichen mit dem Vorjahr ist dies ein Zuwachs um knapp 60%.

Die wichtigsten Herkunftsländer der Asylbewerber*innen des Jahres 2013 waren die Russische Föderation (14.887), Syrien und die Arabische Republik (11.851), Serbien (11.459) und Afghanistan (7.735).

Die gewaltsamen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten hatten gravierende Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Flüchtlinge nach Herkunftsländern. In den ersten acht Monaten des Jahres 2014 kam die größte Gruppe der Asylbewerber*innen aus Syrien und der Arabischen Republik (19,2 %), gefolgt von Serbien (9,7 %), Eritrea (7,9 %) und Afghanistan (5,7 %).

Die geschürte Angst vor „Überfremdung“

Häufig wird auf der Klaviatur der Überfremdungsrhetorik gespielt: Rassismus und Ressentiments werden gegen Flüchtlinge und Asylbewerber*innen geschürt.

Die Welt vom 12.10.2012 titelte z. B. „Flüchtlingswelle überrollt NRW-Städte“, im Münchener Merkur vom 21.2.2013 war zu lesen „Flüchtlingsflut überrollt Städte“, die Bild-Zeitung zitiert in ihrer Ausgabe vom 11.6.2014 einen italienischen Sicherheitspolitiker, der davon sprach, dass in diesem Sommer



Foto: Harraga, Jugendfoto.de

ein „Flüchtlings-Tsunami“ drohe, eine Pressemitteilung vom 26.8.2014 des Bunds Deutscher Kriminalbeamter war überschrieben mit den Worten „Deutschland wird von Flüchtlingsströmen überrollt“ und im öffentlich rechtlichen Sender ARD wurde am 13.9.2014 ein Beitrag ausgestrahlt, der überschrieben war mit „Flüchtlingswelle überrollt Hessen“.

Anhand dieser Darstellung der „Global Trends“ dürfte deutlich geworden sein, dass die Bundesrepublik Deutschland nur einen Bruchteil jener Menschen aufnimmt, die weltweit auf der Flucht sind. Im Vergleich mit den anderen EU-Staaten nimmt Deutschland absolut gesehen tatsächlich die meisten Asylbewerber*innen auf. Eine aussagekräftige Statistik muss jedoch 1. die Anzahl der Asylbewerber*innen in Relation setzen zu der Anzahl der Einwohner*innen und 2. zum Brutto Sozialprodukt bzw. zur ökonomischen Stärke des Aufnahmelandes.

Und so wird deutlich, dass Deutschland weder im internationalen noch im europäischen Vergleich (Asylbewerber*innen pro 1.000 Einwohner) die Hauptlast von Flucht und Asyl zu tragen hat. Gemessen an der Einwohner*innenzahl des Aufnahmelandes hat Malta die meisten Asylbewerber*innen zu verzeichnen (auf 1.000 Einwohner kommen knapp 5 Asylbewerber). Entsprechend der aktuellen Statistiken von Eurostat steht Deutschland im europäischen Vergleich an 10. Stelle: Auf 1.000 Einwohner*innen kommen 0,95 Asylbewerber*innen.

Berücksichtigt man das Bruttoinlandsprodukt, so werden die Disparitäten noch deutlicher: Malta hat z. B. ein reales BIP pro Kopf von 13.800 Euro pro Einwohner*in, Deutschland ein reales BIP pro Kopf von 30.200 Euro pro Einwohner*in. Jenseits der internationalen und europäischen Rankings des „burden sharing“ dürfte deutlich geworden sein, dass wir es im globalen

Kontext mit einer humanitären Katastrophe ungeahnten Ausmaßes zu tun haben - eine humanitäre Katastrophe, die bereits in den letzten Jahren unzählige Menschenleben insbesondere auf dem Mittelmeer und im Atlantik gefordert hat.

Jedes Land muss einen Beitrag leisten, um Asylbewerber*innen und Flüchtlinge aufzunehmen - Menschen, die keineswegs freiwillig, sondern erzwungenermaßen ihre Herkunftsländer verlassen haben. Diese rechtlichen Verpflichtungen - daran sei an dieser Stelle erinnert - entstanden vor dem Hintergrund der mörderischen Praktiken des NS-Systems, der millionenfachen Verfolgung und Ermordung von Menschen aufgrund ihrer „Rasse“, Religion oder politischen Überzeugung. Insofern ist das bundesdeutsche Asylrecht und die völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht etwa ein Akt der Großzügigkeit, von dem man sich leicht verabschieden kann. Vielmehr handelt es sich um eine Lehre aus der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts - eine Geschichte von Verfolgung, Ermordung und Vernichtung. Auch wenn die Anzahl der Asylanträge im letzten Jahr gestiegen ist und voraussichtlich auch noch weiter ansteigen wird, ist die Bundesrepublik Deutschland verfassungsrechtlich und völkerrechtlich dazu verpflichtet, Flüchtlinge und Asylbewerber*innen aufzunehmen und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Die deutsch-jüdische Philosophin Hannah Arendt, die im Jahre 1933 zunächst nach Paris und 1941 über Lissabon nach New York emigrierte, hat sich für das Recht ausgesprochen, Rechte zu haben:

„Daß es so etwas gibt wie ein Recht, Rechte zu haben - und dies ist gleichbedeutend damit, in einem Beziehungssystem zu leben, in dem man auf Grund von Handlungen und Meinungen beurteilt wird -, wissen wir erst, seitdem Millionen von Menschen aufgetaucht sind, die dieses Recht verloren haben und zufolge der neuen globalen Organisation der Welt nicht imstande sind, es wiederzugewinnen.“

In Bezug auf die Flüchtlingsfrage geht es um nichts Geringeres als um das Recht, Rechte zu haben - auch auf der Flucht, in der Emigration und im Exil*. ◀

Prof. Dr. Gudrun Hentges ist Professorin für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften an der Hochschule Fulda. Sie beschäftigt sich unter anderem mit den Auswirkungen der Bleiberechtsregelung auf die Lebenssituation geduldeter Flüchtlinge in Deutschland und forscht zum Verhältnis von Sprache, Macht und Rassismus.

* Eine ungekürzte Fassung des Textes findet ihr auf unserer Homepage: bdkj-fulda.de.

„Not who we are“

Der Film von Regisseurin Carol Mansour zeigt die Geschichte syrischer Flüchtlingsfrauen, die wegen des brutalen Kriegs in Syrien ihr Land verlassen mussten. Anfang 2013 wurden Syrier*innen zur viertgrößte Flüchtlingsgruppe in der Welt. Fast eine Million von ihnen konnten Zuflucht im Libanon finden. Mehr als achtzig Prozent sind Frauen und Kinder.

Krieg und Vertreibung betreffen vor allem Frauen. Sie verlieren ihre Häuser, ihr Eigentum, ihre Liebsten und landen nach einer entbehrungsreichen Flucht in einer oft unfreundlichen Umgebung. Ihrer sozialen Netzwerken beraubt sind sie anfällig für Diskriminierung, Gewalt und Missbrauch.

„Not who we are“ porträtiert das Leben von fünf Flüchtlingsfrauen. Im Exil im Libanon kämpfen sie gegen die alltägliche Brutalität des Lebens und versuchen, das, was sie durch den Krieg verloren haben, wieder aufzubauen. Sie geben einen Einblick in ihre täglichen Nöte und demonstrieren ihre Stärke, ihr Durchhaltevermögen und ihren Überlebensinstinkt.

Der Regisseurin Carol Mansour ist ein einfühlsamer Film über Flucht und Neuanfang gelungen. Länge: 75 Minuten, Ton: Arabisch, Untertitel: Englisch.

„Reise ohne Rückkehr“

Endstation Flughafen Frankfurt: Als Aamir Ageeb am 9. April 1999 den Diebstahl seiner Jacke bei der Polizei in Karlsruhe meldete, wurde er auf dem Revier festgenommen. Er lebt seit fünf Jahren als Flüchtling in Deutschland. Plötzlich geht alles ganz schnell: Aamir Ageeb wird abgeschoben. Ageeb will auf keinen Fall in den Sudan zurück. Er hat Angst, wie sein Bruder getötet zu werden. Ein Lufthansaflug soll ihn in den Sudan bringen, doch dort kommt er nicht an: Er wird von drei deutschen Bundesgrenzschutzbeamten getötet. Jahre später bewertet das Gericht die Tötung Ageebs als „minder schweren Fall“. Keiner der beteiligten Polizisten musste ins Gefängnis.

Der Frankfurter Regisseur Güclü Yaman drehte einen Kurzfilm, der die Ereignisse um den Tod von Aamir Ageeb dokumentarisch nachzeichnet. Es ist ein eindrücklicher Film, der schockiert, nicht zuletzt weil er direkt vor unserer Tür spielt. Im Anschluss an den Film ist eine Diskussion um Asyl und Abschiebung unausweichlich.

Der Film wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, unter anderem mit dem Deutschen Menschenrechts-Preis. Länge: 25 Minuten, Ton: Deutsch, Untertitel: Deutsch.



foto: Regewald, pixelfix.de

Beide Filme können auf DVD beim Referat Politische Jugendbildung ausgeliehen und in Absprache mit den Regisseur*innen gezeigt werden. Kontakt: BDKJ Fulda, Referat Politische Jugendbildung, Christian Kirschner, Tel. 0661.87.366, christian.kirschner@bistum-fulda.de

Es ist eine zutiefst humane Pflicht, Menschen in Not zu helfen

Eine kurze Zusammenfassung der rechtlichen Situation von asylsuchenden Menschen in Deutschland



Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gibt es ein im Grundgesetz geregeltes Asylrecht. Dieses gilt für politische Verfolgte. Das bedeutet, dass es nur für Personen gilt, die von Staatsorganen individuell verfolgt wurden. Durch internationale Verträge, insbesondere die Genfer Flüchtlingskonvention, ist dieses Asylrecht inzwischen erweitert auf alle Personen, die vom Herkunftsstaat nicht mehr vor Unrecht und Verfolgung geschützt werden können. Dies betrifft sowohl Verfolgung aus politischen oder rassistischen Gründen, als auch wegen des Geschlechts und sexueller Orientierung.

Mit dem „Asylkompromiss“ von 1992 wurde im Grundgesetz ein neuer Artikel 16 a eingefügt. Dort wird geregelt, dass es kein Asylrecht für Personen gibt, die „aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreisen, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist.“ Nach diesem Beschluss sanken die von über 400 000 bis 2007 auf 13 000 Flüchtlinge pro Jahr. Seitdem steigen die Zahlen kontinuierlich wieder an. Für dieses Jahr werden 200 000 Flüchtlinge in Deutschland erwartet. Nach dem „Asylkompromiss“ formulierte der damalige und jetzige Bundesminister Wolfgang Schäuble, dass Deutschland gut und gerne 200 000 Flüchtlinge jährlich integrieren könne.

Wenn ein Mensch in Deutschland Asyl beantragt, wird er in eine Erstaufnahmeeinrichtung gebracht. In Hessen ist diese in Gießen. Dort wird das Erstinterview des BAMF (Bundesamt für

Migration und Flüchtlinge) geführt. Anschließend erfolgt eine Verlegung in eine zugewiesene Kommune. Er hat also keine freie Wahl des Wohnortes: das nennt man „Wohnsitzauflage“. Außerdem darf er sich in Deutschland nicht frei bewegen: Das heißt Residenzpflicht. Er bekommt Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, also fast die Leistungen wie ein „Hartz-IV-Empfänger.“ Allerdings hat er keine allgemeine Krankenversicherung, sondern muss sich für jede akute Erkrankung einen neuen Überweisungsschein bei der Stadt abholen.

Wird der Asylantrag anerkannt, bekommt der Flüchtling eine Aufenthaltserlaubnis (AE) und darf sich eine Wohnung suchen. Je nach Herkunftsland schwankt die Anerkennungsquote zwischen 1% (Serbien) bis 98 % (Syrien). Wird er aber abgelehnt, bekommt er eine Duldung und soll das Land verlassen. Nun gibt es aber viele Gründe, warum ein Flüchtling nicht abgeschoben werden kann: Es droht ihm im Herkunftsland Gefahr für Leib und Leben, das Herkunftsland hat keinen internationalen Flughafen oder er hat keinen Pass. Deshalb gibt es viele Menschen, die seit Jahren mit einer Duldung hier leben. Diese dürfen z. B. keine Integrationskurse besuchen, 12 Monate nicht arbeiten oder studieren.

Die deutsche Gesetzgebung ist sehr darauf ausgelegt, es Flüchtlingen hier besonders schwer zu machen. Das wird von vielen Politikern auch offen formuliert. Insgesamt dauern die Asylverfahren sehr lange. Ich hatte einige Flüchtlinge in der Beratung, die seit über einem Jahr hier sind, bei denen noch nicht einmal das Erstinterview stattgefunden hatte. So bleiben viele Flüchtlinge über Jahre in einem Zwischenstadium und können keine Perspektive aufbauen. Zu dem Trauma der Verfolgung und den Erlebnissen in der Flucht, kommt so nach eine weitere Belastung hinzu: Ausgeschlossen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird die psychische und gesundheitliche Situation schlimmer, berufliche Kenntnisse werden vergessen und die familiäre Situation wird gestört. Für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge (UMF) bedeutet das etwa, dass sie keinen Kontakt zu Eltern oder Geschwistern haben. Für Erwachsene bedeutet es, dass sie vom Partner und den Kindern getrennt sind.

Für viele Flüchtlinge gilt, dass sie zuerst in einem anderen EU-Land waren. Sonst müsste man entweder mit dem Flugzeug landen, oder noch besser: einfach vom Himmel fallen. Aus der Erfahrung, dass es Flüchtlinge gab, die in verschiedenen EU-Ländern Asyl beantragt hatten, schuf die EU das sog. „Dublin-Verfahren“.



Foto: Harraga, Jugendfoto.de

Bei der Einführung des Dublin-Systems führten seine Befürworter*innen zwei Argumente ins Feld: „no refugees in orbit“ und „one chance only“: Nur ein Asylantrag in Europa (statt in jedem Land einen), dafür aber auch eine klare Zuständigkeit, also niemand, für den sich kein Land zuständig fühlt. Das ganze System basiert auf der Grundannahme, dass es keinen großen Unterschied macht, in welchem Land man den Asylantrag stellt. In der Realität gibt es natürlich große Unterschiede, sowohl was die Anerkennungsquoten angeht, als auch was die sozialen Bedingungen während und nach dem Verfahren anbelangt. In einigen Ländern wird man während des Verfahrens inhaftiert, z.B. in Malta oder Ungarn. In anderen Ländern ist die soziale Situation auch für anerkannte Flüchtlinge so schlecht, dass die Flüchtlinge keine Lebensgrundlage haben. So gibt es in Italien keinerlei Sozialhilfesystem. Dadurch sind auch anerkannte Flüchtlinge in Italien zumeist obdach- und arbeitslos. Für den EU-Mitgliedsstaat Griechenland, von der Grundannahme her ein sicherer Staat für Flüchtlinge, haben mittlerweile sowohl der Europäische Gerichtshof als auch das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass eine Abschiebung dorthin eine Menschenrechtsverletzung darstellt, so katastrophal ist die Situation für Flüchtlinge dort.

Ein weiteres Problem ist, dass das Dublin-System eine reine Zuständigkeitsregelung zwischen Staaten ist und die Wünsche oder Bedürfnisse der Flüchtlinge dabei keine Rolle spielen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, folgt es dem „Schuldprinzip“: Der Staat, der dafür verantwortlich ist, dass der Flüchtling jetzt in Europa ist, sei es weil er die Grenze nicht genug gesichert hat oder gar ein Visum erteilt hat, muss auch das Asylverfahren durchführen. Viele Flüchtlinge wollen aber nicht im ersten EU-Land, das sie betreten, bleiben, sondern möchten zu ihren Verwandten und Communities - darauf wird jedoch keine Rücksicht genommen. Und selbst nach einer Anerkennung ist eine Weiterwanderung nicht möglich, man bleibt an das Land gekettet, welches ganz am Anfang des Verfahrens als das zuständige ausgemacht wurde. Die Menschen versuchen natürlich trotzdem, das Land zu erreichen, in das sie ursprünglich wollten. Doch die Staaten, allen voran Deutschland, halten an dem Dublin-System fest, auch wenn allen Beteiligten klar ist, dass es nicht funktioniert. Dabei gäbe es eine ganz einfache Lösung: Flüchtlinge sollen dort ihr Asylverfahren betreiben können, wo sie es möchten; und nach einer Anerkennung genießen sie ebenso Freizügigkeit wie EU-Bürger*innen auch. Parallel zum „Dublin-Verfahren“ wurde „Frontex“ als Europäische Agentur aufgebaut. Sie soll Flüchtlinge daran hindern, Europa zu erreichen. Ziel ist es, Menschen zurück zu schicken, bevor sie in Europa Asyl beantragen können. Traurige Berühmtheit erlangten die Frontex-Einsätze im Mittelmeer.

Dort wurden Flüchtlingsboote an der Weiterfahrt gehindert bzw. zum kentern gebracht, so dass viele Menschen starben. Diese Maßnahmen sind einer demokratischen Gesellschaft unwürdig und gehören abgeschafft. Ein Mensch in Seenot, gehört gerettet und nicht abgedrängt. So wird die EU mitschuldig am Tod tausender Flüchtlinge Jahr für Jahr.

Aber es gibt auch Ansätze, Flüchtlingen zu helfen. Hier sind die Flüchtlingsberatungsstelle insbesondere der Kirchen nennen. Aber auch der hessische Flüchtlingsrat und auf Bundesebene pro asyl unterstützen Flüchtlinge in ihrer Lebenssituation und in ihren Menschenrechten. Sie setzen sich für gesetzliche Verbesserungen ein. Maßnahmen gegen die oft willkürlich empfundenen Entscheidungen und Bedingungen für Flüchtlinge führen aber auch zu gesellschaftlichen Engagement. „Kein Mensch ist illegal“ hilft hier seit vielen Jahren. Ein anderes Mittel ist Kirchenasyl. Und die Zahl solcher „Inobhutnahme“ in kirchlichen Räumen ist allein in diesem Jahr um über 150 % gestiegen.

Aber auch staatlicherseits gibt es zunehmend Förderangebote. So gibt es seit 2008 vom BMAS geförderte Bleiberechtsnetzwerke (z. B. BLEIB in Hessen). Diese beraten Flüchtlinge und helfen bei der beruflichen Qualifizierung und der Arbeitsaufnahme. Das ist oft wegen vieler Hürden schwierig, aber da die meisten Flüchtlinge arbeiten wollen, kann es erfolgreich sein. Die offizielle Evaluation aller bundesweiten Bleiberechtsnetzwerke zeigt, dass 48,9 % der beratenen Flüchtlinge in Arbeit vermittelt wurden.

Es ist eine zutiefst humane Pflicht, Menschen in Not zu helfen. Das gilt für Flüchtlinge umso mehr. Die Frage nach den gesetzlichen Regeln kommt erst danach. ◀

Christian Hendrichs arbeitet als Koordinator des hessischen Bleiberechtsnetzwerkes und ist ehrenamtliches Vorstandmitglied des hessischen Flüchtlingsrats. Er hat Pädagogik und Germanistik studiert. Sein Statement: „Am Umgang mit Flüchtlingen zeigt sich, ob wir in einer menschlichen Gesellschaft leben - und da ist die jetzige Praxis oft inhuman.“



Frauen sind doppelt betroffen

Die Frauenrechtsorganisation Women in Exile berichten über die Situation von asylsuchenden Frauen



Aus dem eigenen Heimatland zu fliehen und in einem anderen Land um Asyl zu bitten, ist für jeden Menschen eine schwierige und traumatisierende Erfahrung, nicht zuletzt aufgrund der im Aufnahmeland erfahrenen Diskriminierung. Flüchtlingsfrauen begegnen aufgrund ihres Geschlechts oft zusätzlichen Schwierigkeiten und Bedrohungen. Das beginnt bei den Fluchtursachen und zieht sich über den Fluchtweg, wo Frauen oft (sexualisierter) Gewalt ausgesetzt sind, bis hin zur Situation im Aufnahmeland, zum Beispiel Deutschland. Frauen fliehen seltener als Männer aufgrund von politischem Aktivismus, sondern oft wegen häuslicher Gewalt, Zwangsheirat, Genitalverstümmelung oder weil ihr Ehemann fliehen muss. Im deutschen Asylrecht gelten streng formalisierte Gründe, die die Zuerkennung von Asyl oder die Anerkennung als Flüchtling regeln. Diese berücksichtigen zwar seit 2005 auch geschlechtsspezifische Fluchtgründe, allerdings gehen Theorie und Praxis hier sehr oft auseinander.

In Deutschland werden Asylsuchende grundsätzlich diskriminiert und das betrifft sowohl Frauen wie Männer. Das ist zermürbend und vermittelt den Flüchtlingen das Gefühl, unerwünscht zu sein. Dazu zählen die abgelegene Unterbringung in umzäunten und bewachten Sammelunterkünften, die zusammen mit der Residenzpflicht und dem Abnehmen von Fingerabdrücken dazu führen, dass Flüchtlinge sich kriminalisiert oder „wie im Gefängnis“ fühlen. Hinzu kommt noch das Arbeitsverbot und die Versorgung mit Essenspaketen oder Gutscheinen anstelle von Geldleistungen. Flüchtlinge werden unmündig und abhängig gemacht. „Ich kann ja nicht einmal selbst entscheiden, was ich essen möchte - wie ein kleines Kind“, ist ein Satz, den man bei Besuchen in Asylbewerber*innenheimen oft zu hören bekommt. Die Isolation, Ausgrenzung und Perspektiv-

losigkeit führen dazu, dass in vielen Heimen ein sehr schlechtes Klima herrscht. Teilweise führt das zu Gewalt, die Frauen oft besonders betrifft. Auch bei den Einschränkungen, die Frauen und Männer betreffen, sind Frauen stärker betroffen, da sie unter Umständen weniger „risikobereit“ sind als Männer, die sich tendenziell eher trauen, sich über unsinnige Regelungen wie die Residenzpflicht hinwegzusetzen.

In den Asylbewerber*innenheimen herrschen Zustände, die sich ganz besonders negativ auf Frauen auswirken. Duschen und Toiletten sind teils nicht abschließbar, nicht nach Geschlechtern getrennt oder sehr weit von den Zimmern entfernt, was Frauen sexualisierten Übergriffen aussetzt. Auch sind die Küchen oft weit entfernt und die Gänge schwach beleuchtet. Manche Frauen trauen sich nachts überhaupt nicht, zur Toilette zu gehen. Weil die Sanitäranlagen von vielen Menschen gemeinsam genutzt werden, lässt die Hygiene oft zu wünschen übrig. Kinder, für deren Betreuung und Begleitung sich häufig vor allem Frauen verantwortlich fühlen, bedürfen in einem relativ unhygienischen Umfeld ständiger Aufsicht. Frauen werden so ans Haus gefesselt und das hält sie beispielsweise davon ab, Deutschkurse zu besuchen. Die Privatsphäre wird auch im eigenen Zimmer oft nicht respektiert, weil Zimmer etwa nicht abgeschlossen werden können oder Heimmitarbeiter*innen diese unangemeldet betreten.

Im Heim herrscht vielerorts generell ein „männlerdominiertes Klima“ und Frauen müssen auf engem Raum mit ihnen unbekanntem Männern zusammenleben. Oft gibt es keine separaten Gänge für Frauen, und viele Frauen beklagen sich über nächtlichen Lärm, der wiederum besonders Kinder beeinträchtigt. Asylbewerber*innenheime bieten grundsätzlich keine



Foto: refugeewoman-tour.net

kindgemäße Umgebung. Oft gibt es keine Räume zum Spielen und auch sonst ist von der Großküche bis zum Aufenthaltsraum alles an die Bedürfnisse von Erwachsenen angepasst. In diesem Umfeld sind Kinder bisweilen auch „schlechten Einflüssen“ ausgesetzt, wenn sie beispielshalber ständig mitbekommen, wie fremde Erwachsene rauchen oder trinken. Dass alle Flüchtlinge Schlimmes durchgemacht haben und viele an posttraumatischen Belastungsstörungen leiden, wirkt sich nicht positiv auf die Atmosphäre im Heim aus.

Um diesen Missständen etwas entgegenzusetzen setzt sich unser Verein Women in Exile e. V. für die Rechte von Flüchtlingsfrauen ein. In diesem Jahr wurden wir bereits mit dem Clara-Zetkin-Frauenpreis ausgezeichnet und erhielten von der Tageszeitung taz den Panterpreis. Women in Exile ist eine Initiative von Flüchtlingsfrauen, die sich 2002 in Brandenburg zusammen gefunden haben, um für ihre Sache einzustehen. Wir haben entschieden, uns als Flüchtlingsfrauengruppe zu organisieren, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass Flüchtlingsfrauen doppelt Opfer von Diskriminierung sind: Sie werden als Asylbewerberinnen durch rassistische Gesetze ausgegrenzt und als Frauen diskriminiert. Der Kampf dagegen wird von geschlechtergemischten Flüchtlingsselforganisationen unserer Erfahrung nach wenig mitgetragen, da diese häufig von Männern dominiert sind, die andere Themen als wichtiger ansehen.

2011 haben wir den Verein Women in Exile e.V. gegründet und auch die Gruppe Women in Exile & Friends aufgebaut. Gemeinsam tragen wir flüchtlingspolitische Forderungen aus feministischer Perspektive an die Öffentlichkeit, zum Beispiel mit der Kampagne „Keine Lager für Frauen und Kinder! Alle Lager abschaffen!“. Aber auch zu anderen Gesetzen, die Asylsuchende ausgrenzen und entrechten, wie dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Dublin III, nehmen wir aus der Perspektive von Flüchtlingsfrauen Stellung und fordern deren Abschaffung. Unser grundlegendes politisches Ziel ist die Utopie einer gerechten Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Diskriminierung, mit gleichen Rechten für alle Menschen, egal, woher sie kommen und wohin sie gehen. In unserer konkreten Politik liegt unser Fokus auf der Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze gegen Asylsuchende und Migrant*innen und den Verschränkungen von Rassismus und Sexismus.

Wir verstehen uns als feministische Organisation und sind eine der wenigen Schnittstellen zwischen Frauenbewegung und Flüchtlingsbewegung. In unserer Gruppe erleben wir, dass sich Frauen über alle Unterschiede wie Alter, Herkunft, Religion, Status, sexuelle Orientierung und andere Merkmale hinweg aufeinander beziehen können und gemeinsam etwas bewegen

können. Gemeinsam erarbeiten wir Strategien, um politischen Wandel zu erreichen und tragen unseren Protest gegen die menschenunwürdigen Lebensbedingungen von Flüchtlingsfrauen in die Öffentlichkeit. Wir besuchen die Gemeinschaftsunterkünfte in Brandenburg, um Flüchtlingsfrauen proaktive Unterstützung aus der Sicht der Betroffenen anzubieten, um Informationen darüber auszutauschen, was gerade los ist, und um Informationen über die Bedürfnisse von Frauen, die in den Heimen leben, zu erhalten. Außerdem nehmen wir an verschiedenen Vernetzungstreffen teil, um zusammen mit anderen antirassistischen und feministischen Gruppen Aktionen zu planen. Wir geben auch den Medien Interviews, um die Gesellschaft mit den Problemen und Forderungen von Flüchtlingsfrauen zu konfrontieren.

Darüber hinaus organisieren wir Seminare und Workshops für Flüchtlingsfrauen, die sie dabei unterstützen, Perspektiven zu entwickeln, um ihre schwierige Lebenssituation zu verbessern, für ihre Rechte im Asylverfahren kämpfen und sich gegen sexualisierte Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung zu verteidigen. 2011 haben wir die Kampagne „Keine Lager für Frauen und Kinder! Alle Lager abschaffen!“ gestartet. Im Sommer 2014 nahmen wir zusammen mit dem Musiker Heinz Ratz und seiner Band „Strom und Wasser“ an einer siebenwöchigen Floßtour von Nürnberg nach Berlin teil. Unterwegs besuchten wir viele Asylbewerber*innenheime, gaben Konzerte und machten auf die Lage von asylsuchenden Frauen in Deutschland aufmerksam.

Wir hoffen, dass unsere Arbeit bald nicht mehr notwendig sein wird, wenn Flüchtlingsfrauen in Deutschland alle Rechte und Möglichkeiten haben. Bis dahin bleiben wir aber aktiv!

von Elizabeth Ngari
Mitarbeit: Laura Führer

Wir freuen uns über Spenden auf folgendes Konto: Women in Exile e.V., IBAN: DE21430609671152135400, BIC: GENODEM1GLS (GLS Bank)



„Der Toten zu gedenken, sollte bedeuten, die Überlebenden zu schützen“

Kirchenasyl und der Kampf um Bewegungsfreiheit



Am 22. Juli 2014 hat eine Initiative von Geflüchteten und ihren Unterstützer*innen einen Offenen Brief (siehe S. Xxx) an die Kirchengemeinden Hessens veröffentlicht und zur Schaffung von

Schutzräumen für Asylsuchende aufgerufen. Im Kontext von vier Demonstrationen in Frankfurt, die die Abschaffung der Dublin-Verordnungen forderten, wird Kirchenasyl als eine Möglichkeit beschrieben, notwendigen Schutz für Asylsuchende bereitzustellen.

Die Dublin-Verordnungen der Europäischen Union führen in vielen Fällen dazu, dass schutzbedürftige Menschen jahrelang zwischen den Staaten hin- und hergeschoben werden, auf der Suche nach einem Ort, der ein Leben in Würde, Sicherheit und Freiheit ermöglicht. Auf rechtlicher Ebene ist es kaum möglich, Dublin-Abschiebungen zu entkommen. Eine der wenigen Möglichkeiten ein inhaltliches Asylverfahren in Deutschland zu betreiben, besteht darin, die so genannten „Überstellungsfristen“ zu überbrücken. Der deutsche Staat muss Asylsuchende, für die ein anderer Staat zuständig ist, innerhalb einer sechsmonatigen Frist in den jeweiligen Drittstaat abschieben. Gelingt die Abschiebung innerhalb der gesetzten Frist nicht, geht die Zuständigkeit für den Asylantrag an Deutschland über. Da die deutschen Behörden den besonderen Status des kirchlichen Raums in den meisten Fällen akzeptieren, kann Kirchenasyl Schutz vor Abschiebung bieten - bis die Überstellungsfrist verstrichen ist.

In Hessen kommt ein Großteil der Asylsuchenden aus Somalia und Eritrea, sie sind daher überwiegend über das Mittelmeer, Lampedusa und Italien in die EU eingereist. Wenn sie dort registriert wurden, droht ihnen die Abschiebung in die Obdachlosigkeit Italiens. In anderen Staaten wie Ungarn, Bulgarien oder Malta erwartet die Geflüchteten ähnliche Verelendung und/oder Inhaftierung. Kirchenasyle können diese unmenschlichen Abschiebungen verhindern. Sie setzen ein solidarisches Zeichen gegen die Dublin-Verordnungen. Derzeit werden auf diese Weise mindestens 244 Menschen bundesweit geschützt, die Zahl dürfte auch weiterhin zunehmen.

Kirchenasyl konkret

Kirchenasyl sieht im Konkreten in jeder Kirchengemeinde unterschiedlich aus. Je nachdem über welche Räumlichkeiten die Gemeinde verfügt, werden die von Abschiebung bedrohten Personen direkt in der Kirche oder in angrenzenden Gemeindegewölbungen untergebracht. Dann muss geklärt werden, ob etwa eine Dusche, eine Küche und eine Waschmaschine zur Verfügung stehen. In einigen Fällen erhöht sich durch mangelnde Infrastruktur auf dem Kirchengelände der Organisationsaufwand der Unterstützer*innen. Denn im Idealfall sollten die betroffenen Personen den Schutz des Kirchengeländes während der gesamten Dauer des Kirchenasyls nicht verlassen.

Um so wichtiger ist es, dass sich ein Kreis von Unterstützer*innen findet. Dieser kann aus Gemeindegliedern oder anderen engagierten Menschen bestehen. Auch wenn die Räumlichkeiten der Gemeinde alle Bedarfe an Infrastruktur decken, so bleiben immer noch einige Aufgaben, die für die betroffenen Personen in der „Aussenwelt“ erledigt werden müssen. Dies sind beispielsweise Einkäufe oder der Kontakt zu Behörden und Anwalt*innen. Nicht zu vernachlässigen sind auch die persönlichen Kontakte - gemeinsame Abendessen, Filmabende und nette Unterhaltungen lockern die angespannte Situation des Eingesperrt-Fühlens auf und schaffen Ablenkung. Klar ist, dass das Projekt des Kirchenasyls von anwaltlicher Seite unbedingt begleitet werden sollte. Nur so kann sicher gestellt werden, dass keine dringend notwendigen offiziellen Schritte vergessen oder übersehen werden.

Aktiv werden

Unterstützt werden können die Bemühungen um weitere Kirchenasyle auf vielfache Art und Weise. Es ist immer hilfreich, das Thema allgemein in der lokalen Kirchengemeinde zu thematisieren. Vielfach bedarf es in den Kirchenvorständen und den Gemeinden eine längere Auseinandersetzung für eine Stellungnahme zu dem Thema. Steht bereits eine konkrete Person auf der Türschwelle, bringt dies in den meisten Fällen eine Dringlichkeit mit sich, die die Entscheidung des Vorstands unter Druck setzt und die beteiligten Personen überfordert. Oftmals ist es fruchtbarer, wenn Überlegungen, Bedenken und Sorgen ohne konkrete Anfrage bereits gewälzt werden können.

Wenn sich die Kirchengemeinde darüber im Klaren ist, wo es Unterbringungsmöglichkeiten auf dem Kirchengelände gibt, wer welche Aufgaben übernehmen wird, kann gelassener mit einem beginnenden Kirchenasyl umgegangen werden.

Grenzen des Kirchenasyls

Solch eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen Unterstützer*innen, Kirchengemeinden und den von Abschiebung bedrohten Personen, ist in der Lage tatsächliche Lebensperspektiven zu schaffen. Die europäische Politik, die vielen migrierenden Menschen die Möglichkeit nimmt, sich frei zu bewegen und selbst den Ort zu wählen, an dem sie leben möchten, wird so zumindest angekratzt. Dennoch muss klar sein, dass dem Instrument Kirchenasyl Grenzen gesetzt sind. Denn nur ganz bestimmte „Gruppen“ von Migrant*innen können davon profitieren. Für die zahlreichen Geflüchteten, die in anderen europäischen Staaten bereits Papiere bekommen haben und dennoch weiterfliehen mussten, bietet Kirchenasyl keine Perspektive. Menschen ziehen weiter in andere EU-Staaten, wenn ihnen bewusst wird, dass die Bedingungen für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge in den einzelnen Staaten weit auseinanderdriften. Beispielsweise stehen in Italien die Chancen vergleichsweise hoch einen Flüchtlingsstatus zu bekommen. Gleichzeitig ist allerdings die Versorgung von Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen katastrophal, beziehungsweise nicht vorhanden. Existiert jedoch bereits eine Flüchtlingsanerkennung in einem anderen EU-Staat, gelten keine Überstellungsfristen. Der wichtigste Ansatz des Kirchenasyls fehlt hier. Die Unterbringung in Kirchen, wie etwa in der Frankfurter Gutleutkirche, hat „nur“ einen reinen Unterbringungs- und Verpflegungscharakter, die jedoch keine Lösung auf Dauer verspricht. Arbeits- oder Niederlassungserlaubnisse sind für diese Menschen nämlich kaum zu erwirken.

Ein Europa für alle

So sinnvoll Kirchenasyl in Einzelfällen und auch als politisches Statement ist: Wir dürfen nicht bei der Forderung nach mehr Kirchenasyl und der Abschaffung der Dublin-Verordnungen stehen bleiben. Vielmehr müssen wir die politische Forderung nach Bewegungs-, Niederlassungsfreiheit und ein Europa der gleichen Rechte ohne Kompromisse vertreten. Gerade jetzt besteht die Chance, dass sich die verschiedenen Kämpfe von Migrant*innen für ein Europa ohne Grenzen verknüpfen, auch hier in Hessen. ◀

noborder ffm ist eine offene antirassistische Gruppe aus Frankfurt. Wir wenden uns gegen die Einteilung von Menschen nach Staatsangehörigkeit, Hautfarbe oder Herkunft. Wir arbeiten zu verschiedenen Themen rund um Rassismus, Migration und Flucht. Solidarität mit Flüchtlingen und der Kampf gegen das europäische Grenzregime stehen dabei im Mittelpunkt.

Zu unserer Arbeit gehören Informationsweitergabe z.B. bei Filmabenden, Diskussions- und Solidaritätsveranstaltungen, sowie Einzelfallhilfe und der Einsatz für Kirchenasyle. Darüber hinaus organisieren wir Proteste gegen rassistische Gesetze, wie die Dublin-Verordnungen, und Abschiebungen. Wir unterstützen selbstorganisierte Proteste von Flüchtlingen, unter anderem arbeiten wir eng mit „Refugees for Change“ zusammen. Wir fordern einen Stopp aller Abschiebungen sowie bedingungsloses Bleiberecht und globale Bewegungsfreiheit für alle.

Kontakt: noborderffm@riseup.net

Weitere Infos:

- ◀ Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche: kirchenasyl.de
- ◀ Video über Kirchenasyl in Hessen: youtube.com/watch?v=fB9gOfII6o8
- ◀ Noborder Frankfurt: noborder-frankfurt.antira.info/
- ◀ Interaktive Webreportage: „Im Namen des Vaters. Kirche gegen Staat - Kirchenasyl als letzter Schutz vor Abschiebung?“: story.br.de/kirchenasyl/

Weg in die Freiheit



Wenn ich meine Augen schließe und versuche, mich zu erinnern, zu realisieren und zu verstehen was alles passiert ist, kommt es mir vor, als wäre es erst einen Moment her. Es ist unglaublich, wieviel Geduld, Toleranz und Durchhaltevermögen ein Mensch aufbringen kann, wenn Prüfungen zu bestehen sind. Jetzt strenge ich mich besonders an, kämpfe für mein Überleben, kämpfe darum besonders gut zu sein und um Beständigkeit.

Ich war in der gleichen Situation wie viele junge Menschen in einem kleinen Land in Ostafrika, das auch als das Nord-Korea Afrikas bekannt ist: Eritrea. Ein junger Mann, der sich abmüht um in einem instabilen, demontierten Land zurecht zu kommen. In einem Land, in dem es keine Rede- und keine Meinungsfreiheit gibt. Dieses Land hat über 30 Jahren lang für seine Unabhängigkeit gekämpft. Deshalb hat mein Vater sein Leben verloren und deshalb ist meine Mutter geflohen, um ihr Leben und das von mir und meinen Geschwister zu retten.

Ich komme aus einer einfachen eritreischen Familie, aufgewachsen mit Menschen mit gemeinsamen traditionellen und kulturellen Werten. Menschen, die ich sehr respektiere und mit denen ich tief verbunden bin. Das Regime diktiert das politische, soziale und religiöse Leben. Deswegen fliehen die Menschen. Die Massen, die jede Woche in Italien ankommen, sind das Resultat der unerträglichen Verfolgungen.

Ich will versuchen, von einem Teil der Leiden zu erzählen, die ich als Flüchtling mit dem Aufbruch ins Ungewisse erfahren habe. Es war mein Ziel, ein Land zu erreichen, in dem Gerechtigkeit, Gleichheit und Demokratie die Säulen sind, auf der die Gesellschaft aufbaut. Wo eine tiefe Menschlichkeit besteht, wo Respekt, Anerkennung und Werte gelebt werden.

Von Asmara ans Mittelmeer

Mein Trip beginnt in Asmara, der Hauptstadt von Eritrea. Wie ein normaler Reisender fahre ich durch die Städte Keren und Teseny. In der Tasche habe ich einen gefälschten Ausweis. Ab der Grenze bist du eine Ware und hast keinen Einfluss mehr über dein Leben oder deinen Tod. Du wirst von einem Schleuser zum nächsten weitergereicht. Oder du wirst von Warlords oder Banden gefangen genommen. Durch unvorstellbare Foltern versuchen sie, von deiner Familie Lösegeld zu erpressen. Es werden Körperteile abgeschnitten, Verbrennungen durch geschmolzenes Plastik zugefügt, es wird vergewaltigt, es werden Familienmitglieder getötet. All das, damit bezahlt wird. Kann die Familie nicht zahlen, wird der*die Gefangene wie ein Stück Ware unter den Menschenhändlern versteigert. Dieser Besitzer hat dann die verschiedensten Ideen, wie er seinen Gewinn erhöhen kann: Verkauf als Sexsklave*in, Zwangsarbeit auf den

Feldern oder Organhandel. Dann kannst du Gott nur noch um einen friedlichen Tod bitten.

Das ist keine Fiktion, kein Roman, keine Fantasy-story, sondern es sind Stationen, die man überleben muss, um über die Grenze zu kommen. Ein normaler Mensch könnte nun fragen, wo sind die Strafverfolgungsbehörden, die NGOs, die Menschenrechtsorganisation. Wenn du dich im Niemandsland befindest, hast du nicht das Recht, solche Fragen zu stellen. Du musst dich führen lassen und hast zu gehorchen. Niemand weiß, ob er in die Versklavung oder in seinen eigenen Tod läuft. Wer Glück hat, kommt als Flüchtling in die Nachbarländer Sudan oder Äthiopien.

Nach dem Betreten des Lagers in Kassala (Stadt im Ost-sudan) könnte man denken, eine Oase erreicht zu haben. Aber Tatsache ist, dass Menschen in dem Flüchtlingslager entführt werden. Leute, die die furchtbare Verfolgungen und Gräueltaten überstanden haben und in einem vermeintlich sicheren Zufluchtsort angekommen sind, müssen ihn wieder verlassen, um nicht in die Hände der Menschenhändler zu geraten. Sie schlagen sich bis Khartoum durch und versuchen in der Hauptstadt des Sudans zu überleben - mit nichts als den Kleidern auf dem Leib. Wieder beginnt ein Kampf um Nahrung und Obdach. Dazu kommt die Angst vor dem Staat, weil man sich illegal außerhalb des Flüchtlingslagers aufhält, wo es aber nicht mal die notwendigsten Dinge gibt. Mangelnde Sprachkenntnisse verschärfen die Situation. Viele fliehen etwa nach Israel oder sie warten auf eine Reise auf Leben und Tod über das Mittelmeer: die Route der Freiheit.

Die Reise wird organisiert und bestimmt von Schleusern. Du versuchst den Preis für die Reise runterzuhandeln, aber die interessiert das nicht. Wenn du nicht zu ihren Bedingungen mitkommen willst, gibt es 10 weitere Menschen in der Schlange, die deinen Platz gerne einnehmen. Es ist ein einseitiger Verhandlungsprozess.

Zusammen mit 30 bis 50 anderen Menschen wirst du wie ein Baumstamm auf einen verdammten LKW geladen, wo eigentlich nur drei bis fünf Menschen Platz haben. Die dreitägige Reise nach Libyen beginnt. Egal wer du bist: Du musst dein eigenes Leben schützen und kümmerst dich nur um dein eigenes Wohl. Auf dem Weg siehst du unendlich viele Skelette und unbegrabene Leichname. Die Menschen fallen wie Fliegen von dem LKW, auf dem auch du sitzt - und du kannst nichts machen außer weiterfahren.



Foto: privat

Als einer von uns den Schleuser nach den verlorenen Menschen fragt, antwortet er herzlos, dass der Verlust akzeptabel sei, solange wir unser Ziel erreichen. Du fragst dich natürlich sofort, wie man denn bestimmen kann, wie viele Tote „akzeptabel“ sind. Wie viele Menschen müssen geopfert werden? Du kannst darüber nachdenken, aber wenn du die Augen schließt, siehst du die Bilder, wie Leute von den LKWs fallen, du siehst die Toten und es quält dich, weil du nichts für sie tun kannst.

Der nächste Halt auf dieser Reise führt dich nach Ejlabya oder Koufra. Das bedeutet: Du wirst von Gangs gefangen genommen, eingesperrt und gefoltert, bis du oder Angehörige Lösegeld zahlen. Einige verlieren jede zeitliche Orientierung, einige verlieren ihren Verstand, weil sie unter furchtbaren Bedingungen in winzigen Zellen ausharren müssen, in denen sie weder sich ausstrecken noch schlafen können.

Wenn du raus kommst, organisieren andere Schleuser die Reise über das Mittelmeer. Du weißt nicht, in was für einem Boot du diese Fahrt antrittst. Aber du zahlst und folgst den Massen, um diesen gottlosen Ort verlassen zu können, auch wenn der Tod der potentielle Preis ist. Wenn du das Boot betrittst, fragst du dich auf jeden Fall nach deiner eigenen geistigen Gesundheit. Du sitzt in einem Schlauchboot, kannst nichts tun außer für eine sichere Überfahrt beten. Während du versuchst, optimistisch zu bleiben, erfährst du, dass die Menschen erkennungsdienstlich behandelt werden, sobald sie die Küste erreichen, und wie wichtig es ist, nicht geschnappt zu werden.

Von der italienischen Küste nach Frankfurt

Wenn du die italienische Küste fast erreicht hat, nimmt die italienische Polizei deine Fingerabdrücke und steckt dich in ein Lager. Nachdem du deine Dokumente erhalten hast, wirst du auf die Straße gesetzt und musst dir selbst eine Unterkunft suchen - ohne staatliche oder gesellschaftliche Hilfe.

Ich bin mit falschem Pass und ungarischem Schengen-Visum nach Holland geflohen. Dann wurde ich nach Ungarn abgeschoben, wo mein Asylstatus geprüft werden sollte. Ich erhielt einen Aufenthaltsstatus, wurde aber mit nichts anderem als meiner Kleidung am Leib erneut auf die Straße gesetzt. Ich fragte einen Freund nach Hilfe, den ich in einem Flüchtlingslager kennengelernt hatte. Er nahm mich für einige Wochen auf und zeigte mir dann den Weg nach Deutschland. Ich kam nach Gießen, wo ich und andere Flüchtlinge über ganz Deutschland verteilt wurden. Ich landete in Frankfurt, eine tolle, vielfältige Stadt mit unglaublich herzlichen Menschen. Ich versuchte, mich in die Gesellschaft zu integrieren. Ich hatte keine Zweifel, dass ich hier bleiben kann.

An einem Tag bekam ich plötzlich einen dicken Brief von der Ausländerbehörde. Es war die Ankündigung meiner Abschiebung nach Ungarn. Mein Herz stand für einige Minuten still und ich bat meinen Nachbarn, den Text für mich zu übersetzen, damit ich nichts falsch verstehe. Am nächsten Tag bin ich zu meinem Anwalt gegangen, aber er war nicht sehr optimistisch. Er sagte mir, dass weniger als 10 Prozent eine Chance haben, hier in Deutschland zu bleiben. Ich flehte ihn an, etwas zu tun. Er sagte, er kann Einspruch gegen die Entscheidung einlegen, aber das einzige was wirklich helfen kann, ist in ein Kirchenasyl zu gehen. Ich muss für sechs Monate in die Obhut und Sicherheit der Kirche, um danach in Deutschland einen Asylantrag stellen zu können. ProAsyl und das Hessische Diakonische Werk haben alles sofort organisiert und mich unterstützt - und tun das bis heute. Sie gaben mir den Schutz, um den ich von Beginn an meiner Flucht flehte.

Im Moment lebe ich immer noch auf dem Kirchengelände und habe nun den offiziellen Status als Asylsuchender in Deutschland. Seit September gehe ich zur Schule und lebe ein ganz normales Leben als Schüler hier in Deutschland. Ich möchte meinen besonderen Dank all denen aussprechen, die mir geholfen haben. ◀

Übersetzung: BDKJ Fulda





Foto: noborderffm

Lampedusa in Rhein-Main

Offener Brief an die Kirchengemeinden in Hessen



Wir sind Flüchtlinge und Unterstützer*Innen aus Frankfurt und Umgebung, und unser Arbeitskreis hat sich erst vor wenigen Monaten gebildet. Anlass unserer gemeinsamen Treffen, von vier Protestdemonstrationen und nun dieses dringlichen Briefes ist eine sich zuspitzende Situation, die zunehmend mehr Flüchtlinge in ganz Deutschland betrifft und auf eine grundsätzliche Fehlentwicklung der europäischen Flüchtlingspolitik verweist.

Wir Flüchtlinge sind fast alle übers Mittelmeer nach Europa gekommen, die meisten über Lampedusa und Sizilien. Sehr viele von uns sind Überlebende lebensbedrohlicher Situationen auf See. Wir kommen aus Eritrea, Somalia, Sudan und anderen Ländern, aus denen wir vor Krieg und Verfolgung fliehen mussten. Doch hier in Deutschland angekommen, sind wir nun mit einer neuen Bedrohung konfrontiert. Der Zugang zum Asylverfahren bleibt uns verwehrt, stattdessen sollen wir nach Italien oder andere Länder an den Außengrenzen der EU abgeschoben werden. Auf unserem Weg waren wir gezwungen, z.B. in Italien, unserem ersten Einreiseland, Fingerabdrücke abzugeben. Damit soll laut der europäischen Dublin-Regelung Italien für unseren Asylantrag zuständig sein. Diese Regelung nimmt aber nicht zur Kenntnis, dass Italien gar nicht das Land ist, in dem wir Schutz suchen wollten. Und vor allem: Italien scheint weder willens noch in der Lage zu sein, uns ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Denn als Flüchtlinge haben wir die Erfahrung gemacht, in Italien ohne ein Dach über dem Kopf und ohne Versorgung uns selbst überlassen zu bleiben. Alle von uns erlebten Obdachlosigkeit und wir schätzen, dass es aktuell höchstens 15 bis 20 % der Asylsuchenden zeitweilig gelingt, einen Unterkunftsplatz im staatlichen System zu bekommen. Dazu kommen mangelnde medizinische und psychologische Versorgung. Wir fanden weder Arbeit noch konnten wir uns ein menschenwürdiges Leben aufbauen. Und wir erlebten rassistische Gewalt auch auf den Straßen in Italien.

Nach der Bootstragödie von Lampedusa im Oktober 2013 mit mehr als 360 Toten gab es viele Stimmen, die ein Umdenken in der europäischen Migrationspolitik und insbesondere sichere

Wege für Flüchtlinge nach Europa forderten. Doch stattdessen haben die verantwortlichen Politiker der EU für einen weiteren Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur Frontex und für das Überwachungssystem Eurosur entschieden, im Wissen, dass mehr Kontrolle mehr Leid und Tod bedeuten wird. Und durch Dublin II und III sind wir, die die riskante Flucht über das Meer überlebt haben, mit Rückschiebungen in elende Verhältnisse konfrontiert. Daher gilt es nun nicht mehr allein, sichere Wege nach Europa zu fordern, sondern auch diejenigen zu unterstützen und zu schützen, die bereits hier sind. Wir brauchen Sicherheit, um uns von unseren schrecklichen Erlebnissen erholen zu können. Viele von uns sind mehrfach traumatisiert und einige mussten bereits als Notfälle in der Psychiatrie behandelt werden, da sie in Panik geraten, sobald sie die Abschiebebescheide erhalten. Wir brauchen endlich einen Ort zum Bleiben, an dem wir willkommen sind.

Wir wenden uns daher an Sie auf der Suche nach Unterstützung. Wir möchten Sie bitten, sich öffentlich für ein Bleiberecht der von „Dublin“-Abschiebungen bedrohten Menschen einzusetzen. Jederzeit könnten die zuständigen Behörden in Deutschland ihren „Selbsteintritt erklären“ und damit den Zugang zum hiesigen Asylverfahren ermöglichen. Wir bitten Sie zudem, für Notfälle die Gewährung von Kirchenasyl in Ihren Gemeinden anzuregen, um konkrete Schutzräume für die Abschiebebedrohten zu schaffen. Dabei ist uns bewusst, dass das Kirchenasyl dadurch eine Bedeutungserweiterung erfährt. Es geht nicht mehr nur um den Schutz vor Abschiebung in einen Verfolgerstaat, sondern um den Schutz vor Obdachlosigkeit und Verelendung - als Resultat einer katastrophalen EU-Flüchtlingspolitik, die sich eine „gemeinsame“ nennt, aber hinnimmt, dass viele Staaten Flüchtlinge rechtlos, schutzlos und obdachlos stellen.

Wir denken, es ist gerechtfertigt und notwendig, Kirchenasyl zu gewähren, damit die Dublin-Regelung nicht mehr zur Zerstörung der Perspektiven der Überlebenden von Lampedusa eingesetzt wird. ◀

Frankfurt am Main, 22. Juli 2014

Umdenken in der Außenpolitik

Gewalt durch umfassende Ansätze begegnen



Anlässlich der „Woche der Abrüstung“ der Vereinten Nationen fordert der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) die Verantwortlichen in Staat, Kirche und Gesellschaft auf, sich für ein

Umdenken in der deutschen Außenpolitik einzusetzen.

„Schockiert von den Meldungen von Terror, Kriegen und Vertreibung in diesen Tagen glauben wir, dass es einer anderen Politik bedarf, um die Gewaltspiralen in dieser Welt zu durchbrechen“, erläutert BDKJ-Bundespräsident Pfarrer Simon Rapp. Unzählige Menschen sind aktuell auf der Flucht, leiden unter militärischen Auseinandersetzungen oder Terror, darunter auch viele Kinder und Jugendliche. „Diese Menschen brauchen nicht nur jetzt unseren Schutz und unkomplizierte Hilfe“, so Rapp, „vielmehr muss die Außenpolitik mehr tun, um solche Notsituationen zu verhindern.“ Der Schlüssel zu mehr Frieden auf der Welt liege in einer vorausschauenden Außenpolitik, die sich aktiv um die Verwirklichung von Frieden und Gerechtigkeit einsetzt.

„Wir brauchen eine Außenpolitik, die für Frieden, Entwicklung und Gerechtigkeit steht und dadurch beispielgebend für andere Länder und zukünftige Generationen wird.“

Der BDKJ nimmt die „Woche der Abrüstung“ daher zum Anlass, dies in einem offenen Brief an Verantwortliche in Staat, Kirche und Gesellschaft zu fordern. In dem Schreiben, das die BDKJ-Diözesanverbände in Nordrhein-Westfalen initiiert haben, werden aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen neben dem Umdenken hin zu einer präventiven, menschenrechtsorientierten Außenpolitik auch Schritte wie beispielsweise der Verzicht auf Waffenexporte gefordert. ◀



Foto: Sturm, pixelio.de



Mauern einreißen für Religionsfreiheit

Vom 3. bis 5. Oktober 2014 fand gemeinsam mit internationalen Gästen in Fulda die bundesweite Eröffnung des „Monats der Weltmission“ statt.

Im Zentrum der diesjährigen Kampagne steht die schwierige Lage der Christ*innen im Beispielland Pakistan, welche als Minderheit unter Verfolgung und Diskriminierung leiden. Veranstalter der Bundesweiten Eröffnung war neben dem Katholischen Hilfswerk Missio auch das Bistum Fulda. Dazu wurde in Kooperation mit dem BDKJ Fulda ein vielfältiges Programm organisiert, das zur Begegnung und Auseinandersetzung mit Fragen der Menschenrechte auffordern und einladen sollte.

Am öffentlichen Aktionstag am Samstag, den 4.10.2014, der rund um die Fuldaer Stadtpfarrkirche stattfand, sind auch junge Menschen vom BDKJ mit den pakistanischen Gästen ins Gespräch gekommen und haben einen Pavillon zum Thema „Kritischer Konsum“ organisiert. An diesem Pavillon haben wir über die unfairen und unökologischen Produktionsbedingungen der Kleiderindustrie in Pakistan und anderen Ländern informiert und auf Ideen zum fairen Kleider-Konsum aufmerksam gemacht. Daneben gab es noch ein Gewinnspiel, sowie einen kreativen „Up- Recycling-Workshop“ für alte Jeanshosen.

Ein Höhepunkt des Tages war die spektakuläre Aktion „The Wall“, bei der wir symbolisch eine Mauer für Religionsfreiheit nieder gerissen und uns so solidarisch mit verfolgten Christ*innen in Pakistan gezeigt haben.



Zwischen Baklava und Gezi-Parka

Mit dem BDKJ Fulda nach Istanbul,
die Stadt der politischen Gegensätze
und kulturellen Vielfalt



Fotos: BDKJ Fulda



Wir, eine Gruppe junger Arbeitnehmer*innen und Studierender aus dem Bistum Fulda, nahmen in der letzten Septemberwoche an einem Bildungsurlaub in die Türkei teil. Bei einem 2- zweitägigen Vortreffen sprachen wir darüber, was wir mit der Türkei verbinden, was uns interessiert und was wir kennen lernen möchten. Auch einen kleinen Türkisch-Sprachkurs hatten wir. Voller Vorfreude und mit Hintergrundwissen zum politischen System und der Geschichte der Türkei, begaben wir uns auf die Reise nach Istanbul, um herauszufinden, was es mit den Gezi-Protesten auf sich hat.

In Istanbul angekommen bekam ich gleich einen ersten Eindruck: Die Metropole, in der aktuell 15. Mio. Menschen leben, wirkt lebendig, interessant und vielfältig. Die Highlights unserer Fahrt waren die Gespräche mit den Leuten, die in den Gezi-Protest 2013 mit eingebunden waren. Das sind echte Zeitzeugen. Wir erfuhren, wie es zu dem Protest um den Gezi-Park kam und wie der Verlauf war. Ziel der Demonstrant*innen war es zunächst, das Abholzen des Gezi-Parks zu verhindern. Dadurch würde ihnen ein Stück „Freiheit“ genommen werden. Der Gezi-Park ist als Rückziehhort für die Menschen vor Ort sehr wichtig. Aus diesem Platz erhoffte sich die Regierung, Profit zu schlagen, indem sie hier ein großes Einkaufszentrum errichten. Ein Bauprojekt von vielen... Es war beeindruckend ein Jahr später selbst an dem Ort zu stehen und zu erfahren, wie hier in 2013 hundertausende Bürger*innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Zusammenhängen und politischen Lagern zusammenkamen. Die Demonstrant*innen ließen sich auch nicht von einem überaus starkem und gewalttätigen Polizeiaufgebot einschüchtern. Zusammen zeigten Sie sich solidarisch und machten sich gemeinsam für die Erhaltung des Gezi-Parkes stark. Die Regierung und die Polizei müssen sehr überrascht über den sich rasch ausbreitenden Protest gewesen sein. Weltweit wurde

von den Protesten in den Nachrichten berichtet. Nur so ist zu erklären, wie hart sie gegen die Demonstranten vorgegangen sind. Das war reine Willkür. Sie setzten eine Menge Tränengas und Wasserwerfer ein. Tausende Menschen wurden dabei schwer verletzt, einige sogar getötet. Die Protestbewegung des letzten Sommers zeigt, wie Solidarität die türkische Zivilgesellschaft verändert hat und wie ein politischer Diskurs eröffnet werden kann. Seit den Gezi-Protesten ist klar, dass sich der Staat in einer sozial-kulturellen Krise befindet. Die Bevölkerung kritisiert den autoritären Eingriff in den öffentlichen Lebensraum um mehr Profit zu erwirtschaften. Sie nehmen ihn nicht einfach mehr hin.

Der Besuch mit den Vertretern der Oppositionspartei CHP warf Widersprüche auf. Einerseits strebt die Partei den säkularen und demokratischen Staat an. Gleichzeitig erkennen sie die ethnischen und politischen Minderheiten (Alewit*innen, Armenier*innen, Kurd*innen) nicht an. Im Gespräch erklärte der CHP-Abgeordnete Kadir Ögüt, dass sie nicht zwischen Türk*innen und den Minderheiten unterscheiden. Laut der CHP gibt es nur Türk*innen. Sie erkennen die Minderheiten nicht an. Auch dass sich die CHP keinen Koalitionspartner an ihrer Seite vorstellen kann, lässt rückschließen, dass sie nur ihre Ziele durchsetzen wollen. Von Kooperationsfähigkeit ist hier nichts zu erkennen.

Bei unserer Stadtführung mit Orhan Esen und Julia Strutz konnten wir uns ein Bild davon machen, was es mit Gentrifizierung auf sich hat. Ziel der Gentrifizierung in Istanbul ist es, ältere Bauten abzureißen und neu zu erbauen. Das hat zur Folge, dass die Bewohner*innen ihr Grundstück an den Staat verkaufen müssen und in teurere, weit entfernte Wohngebäuden, die Ihnen zugewiesen werden, umgesiedelt werden. Für mich stellt diese Vorgehensweise reinste staatliche Willkür

und eine totale Missachtung der Grundrechte dar. Die momentan regierende Partei (AKP) hat mehrere neue Gesetze verabschiedet, die den Abriss dieser Viertel zu Gunsten eines finanz- und statusstärkeren Bevölkerungsmilieus rechtfertigen. Zur Verdeutlichung: Die Grundstücke werden für rund 40.000 Lira verkauft, für 60.000 Lira bebaut und für bis zu 1. Mio. Lira verkauft. Durch die starke Nachfrage steigen die Renditen und somit der Ertrag an Immobilienkapital. Die Regierung versucht die infrastrukturellen Probleme zu bewältigen und vernachlässigt dabei das Bedürfnis für soziale Strukturmaßnahmen. Für mich persönlich stellt sich die Frage, ob es für die Entwicklung des Staates nicht ratsamer wäre, einen Teil des Staatkapitals in die Förderung kollektiver Sozialinteressen der hier lebenden Menschen zu investieren, anstatt in Großprojekte wie etwa die dritte Bosphorus Brücke oder der dritte Flughafen. Istanbul vermittelt mehr und mehr den Ein-druck von einer Megametropole mit einem Überangebot an Luxus Appartements & Shopping Malls. Dadurch fehlt es den Menschen an Rückziehorten und Kommunikationsplätzen wie Parks und Grünflächen.

Das Gespräch mit der Frauenrechtsorganisation „Mor Cati“ hat mich zum Nachdenken gebracht. Im Unterschied zu Deutschland gibt es in der Türkei keine Sozialhilfe. Es schockierte mich zutiefst zu hören, dass die Leute auf der Straße sterben können und es hier einfach niemanden interessiert. Auch die Tatsache, dass heute in der Türkei noch täglich drei bis fünf Frauen von ihren Ehemännern ermordet werden, kann ich kaum nachvollziehen. Seit Februar 2009 besteht das autonome Frauenhaus mit 18 Betten für Frauen und Kinder, das wir besuchten. Hier können die Frauen Hilfe erfahren. Es wird Ihnen zugehört, ihre Probleme ernst genommen und auf sie eingegangen. Den Frauen werden Schritte und Möglichkeiten aufgezeigt, wie sie sich vor der häuslichen Gewalt der Ehemänner schützen können. Viele Frauen sind so verzweifelt, dass Sie in Kauf nehmen kein Unterhalt von ihrem Mann zu verlangen, nur um sich von ihm endgültig zu lösen.

Mit vielen Eindrücken aus Istanbul wieder zurück in Fulda kann ich sagen, dass es sich gelohnt hat, Istanbul vor Ort zu erleben. Viele Vorurteile, die ich noch vor der Fahrt hatte, haben sich gewandelt. Ich kann den jährlich angebotenen Bildungsurlaub allen empfehlen, die mehr als nur die Oberfläche einer anderen Stadt und Kultur kennen lernen möchten. Es lohnt sich wirklich! Das Programm war sehr vielseitig und interessant. Neben dem politischen Bezug der Fahrt gab es Raum für Kultur und Freizeit. Ich kann jede*n ermutigen, so eine Fahrt im Leben mit zu machen. Man kann Vieles für das eigene Leben mitnehmen. ♡

Bernadette Henkel arbeitet im Bischöflichen Generalvikariat Fulda. Am Bildungsurlaub "Istanbul" hat sie teilgenommen, um mehr über die Türkei, das politische System, Kultur und die Menschen vor Ort zu erfahren. Besonders interessant waren für Sie die Hintergründe um den Gezi-Protest und das Gespräch mit der Frauenrechtsorganisation Mor Cati.



Am Ort des Geschehens:
Gespräch mit Aktivist*innen
der Gezi-Park-Proteste



... eine Schifffahrt die ist schön,
denn da kann man den Bosphorus
und zwei Kontinente sehn ...



Ein kleines Stück Frankreich in Istanbul:
Das Viertel „La Rue Francaise“



Gute Laune vorm
Galata-Aussichtsturm :-)



Was ist Gentrifizierung? Antworten bekamen wir von Orhan Esen im Gezi-Park

Foto: BDKJ Fulda



Schnappschuss mit einem
glücklichen Brautpaar

Paul Kowalski ist neuer Referent im Jugendreferat Hanau



Foto: BDKJ Fulda

für die Dekanate Kinzigtal und Hanau.

Ich stamme aus dem Norden unseres Bistums, genauer gesagt aus der Pfarrei Mariäe Namen, Gensungen und war von klein auf begeisterter Messdiener und Gruppenleiter. In meiner Jugend engagierte ich mich über sieben Jahre in der Vorstandsarbeit der Katholischen Jugend im Bistum Fulda.

Heute wohne ich gemeinsam mit meiner Frau und unseren zwei Kindern in Petersberg. Wie vielen von euch wissen, prägte mein Vorgänger Michael Hartmann-Peil die Arbeit des Jugendreferats Hanau seit 30 Jahren. Etliche Veranstaltungen wie beispielsweise die Ökumenische Nacht oder Fahrten nach Taizé haben sich in dieser Zeit sehr etabliert und werden von vielen Teilnehmenden geschätzt und seit Jahren gut wahrgenommen.

Ich freue mich nun dieses Arbeitsfeld zu übernehmen und die Jugendarbeit in den Dekanaten Kinzigtal und Hanau kennen zu lernen, zu vernetzen und gemeinsam Räume zu schaffen, in denen Kinder und Jugendliche die Möglichkeit bekommen, ihre eigene Persönlichkeit zu entwickeln und Gott neu für sich zu entdecken. ◀

Mit Vorfreude auf gute Zusammenarbeit
Euer Paul

Kath. Jugendreferat Hanau
paul.kowalski@jubihanaue.de

Was sollen diese Sternchen* überall?



Euch ist in der letzten Ausgabe des BDKJ-Magazins bestimmt aufgefallen, dass in vielen Texten hier und da Sternchen (*) auftauchen. Die Erklärung dafür wollen wir Euch in dieser Ausgabe liefern.

Der BDKJ Fulda setzt sich für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft ein. Dieser Idee verpflichtet möchten wir auch unser Magazin diskriminierungsfrei gestalten. Um Diskriminierung zu verstehen ist es hilfreich, sich Herkunft und Bedeutungsgeschichte des Verbs „diskriminieren“ zu vergegenwärtigen: Es stammt aus dem Lateinischen, wo es wertfrei „trennen“ oder „unterscheiden“ bedeutete. Im Laufe der Zeit kam die heutige Bedeutung „herabwürdigen“, „benachteiligen“ hinzu, und das kam nicht zufällig. Es zeigt, wie Diskriminierung ganz grundsätzlich geschieht: Erst wird eine Unterscheidung getroffen und dann wird diese mit einer negativen Bewertung verknüpft.

Das Treffen von Unterscheidungen ist Kernfunktion und ein grundlegendes Prinzip von Sprache. Es sind nicht (nur) diskriminierende Gedanken, die zu einer diskriminierenden Sprache führen, es ist die Sprache selbst. Eine wirklich diskriminierungsfreie Sprache wird es deshalb nie geben. Wenn wir aber lernen, die Unterscheidungen zu hinterfragen, welche die Sprache uns vorgibt, verliert sie auch dort einen Teil ihrer Macht zur Diskriminierung, wo wir die Sprache nicht verändern können.

Grundsätzlich wollen wir im Magazin verallgemeinernde Sprachbilder und Attribuierungen vermeiden, wie etwa „wortkarge Jungen“, „zickige Mädchen“, „temperamentvolle Südländer*innen“. Solche Verallgemeinerungen basieren auf Stereotypen und sind nie zutreffend.

Die deutsche Sprache verwendet viele „vergeschlechtlichte Wörter“, also Wörter die sich auf Menschen mit einem bestimmten Geschlecht beziehen. Um geschlechtsspezifische Diskriminierung zu vermeiden, versuchen wir geschlechtsneutrale Formulierungen zu wählen: etwa „Studierende“ statt „Studentinnen und Studenten“. Sind geschlechtsspezifische Formulierungen unumgänglich, benutzen wir den sogenannten Gender-Gap: etwa „Schüler*innen“. Die Sternchen machen darauf aufmerksam, dass Sprache notwendigerweise einer Logik des Unterscheidens folgt, wir uns dessen bewusst sind und eine orthografische Korrektur vornehmen möchten, um niemanden auszuschließen und zu diskriminieren. ◀



Gleicher Topf, neues Rezept !?!



Keine Angst, dieses Mal handelt es sich nicht um Werbung für ein Fertiggericht, sondern um das BDKJ Magazin.

Der BDKJ Fulda hat als Dachverband einen klaren (jugend) politischen Auftrag seiner Mitgliedsverbände. Wir möchten uns in Zukunft deshalb stärker mit gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen beschäftigen und das Magazin vorrangig als politisches Instrument für die Verbände nutzen. Aus diesem Grund haben wir uns im BDKJ Hauptausschuss dazu entschlossen, dem Magazin ein neues Profil zu geben und es mit neuem Inhalt zu füttern. Daneben wollen wir natürlich Dir die Chance geben, bei der Erstellung des Magazins mitzureden und mitzuwirken.

Unser BDKJ-Magazin soll nach wie vor dreimal jährlich erscheinen. Zwei Ausgaben werden sich vorrangig mit einem gesellschaftlichen, sozialen und politischen Schwerpunktthema beschäftigen. Das dritte Heft wird als Jahresdokumentation gestaltet und enthält, neben der Beschreibung der BDKJ-Aktivitäten, die Freizeiten- und Veranstaltungsberichte unserer Mitgliedsverbände.

Für die beiden Schwerpunktheftesuchen wir kreative Menschen (wie Dich) für unsere „Projektredaktion“. d.h. Personen, die Lust haben sich mit einem gesellschaftlichen Thema auseinanderzusetzen und darüber schreiben möchten.

SEMINARE ZUM MAGAZIN

Sexismus in Serie:

20. - 22. März 2015

Serien knüpfen an gesellschaftliche und politische Verhältnisse an. Geschlecht und Geschlechterverhältnisse spielen dabei immer eine Rolle und ziehen sich durch die Episoden und Staffeln wie ein roter Faden. Wir wollen uns gemeinsam Serien anschauen und überlegen, wie Frauen und Männer dargestellt werden. Welche Vorstellungen und Normen werden transportiert? Wann ist etwas Humor oder Ironie? Wann ist es Diskriminierung und Sexismus?

Krieg und Frieden

10. - 12. Juli 2015

Papst Franziskus hat vor kurzem gesagt: „Damit das System fortbestehen kann, müssen Kriege geführt werden, wie es die großen Imperien immer getan haben. Einen Dritten Weltkrieg kann man jedoch nicht führen, und so greift man eben zu regionalen Kriegen“. Wir wollen uns gemeinsam anschauen, wo, wie und zu welchem Zweck gegenwärtig Kriege geführt werden. Wir wollen schauen, was das für die Menschen vor Ort bedeutet und was wir tun können.

Hier kommt die Zutatenliste für die Themenhefte:

- 1. Editorial:** Das Editorial führt in das Schwerpunktthema ein und macht deutlich, welche Relevanz das Thema für uns als Jugendverband hat.
- 2. Fundsachen:** Auf der Doppelseite „Fundsachen“ findet sich ein bunter und informativer Mix aus der bistums- und bundesweiten BDKJ- und Jugend(verbands)arbeit.
- 3. Meinung:** In der Rubrik Meinung finden unsere Leser*innen einen Kommentar zum Schwerpunktthema aus Sicht einer „Jugendverbandler*in“.
- 4. Schwerpunkt:** Der „Schwerpunkt“ beleuchtet das Hauptthema mit unterschiedlichen Artikeln (z.B. Interviews, best practice, Serviceseiten, Praxisberichte, etc.).
- 5. BDKJ News:** Hier werden Aktionen, Projekte, Fachtage, etc. nachbereitet. Der Fokus liegt auf Veranstaltungen, die über „Verbandsalltag“ des BDKJ und seiner Mitgliedsverbände hinausgehen.
- 6. Kalender:** Auf der Rückseite findet sich eine Übersicht über die nächsten Termine im BDKJ.

Das dritte Heft, die Jahresdokumentation, erscheint Ende des Jahres und berichtet ausführlich über die Arbeit des BDKJ und seiner Mitgliedsverbände. Damit die Erinnerungen an schöne Aktionen und Veranstaltungen nicht verblassen, kann jeder Verband dafür ein bis zwei Doppelseiten mit Inhaltlichem füllen. Natürlich sind wir gespannt, wie dieses neue Rezept bei Euch ankommt! ☛

Katharina Schick

Die Seminare finden jeweils im Ludwig-Wolker-Haus, Kleinsassen statt. Teilnehmen könnt ihr, wenn ihr zwischen 16 und 27 Jahre alt seid. Die Kosten betragen ca. 30,- € pro Seminar.

Redaktionsseminare

8. - 10. Mai 2015 und 11. - 13. September 2015

Wir möchten mit diesem Format nicht nur Themen in die Verbände einbringen, sondern auch nach außen zeigen, dass wir eine Meinung haben und uns auch gesellschaftspolitisch engagieren. Wir wollen das Heft nicht alleine gestalten und nicht nur Texte von Externen abdrucken, sondern gemeinsam mit dir eine Ausgabe gestalten. Wenn du Lust auf Schreiben hast, dann melde dich einfach zu einem der Termine an. Jede Ausgabe wird gemeinsam neu geplant, Erfahrungen oder besondere Kenntnisse sind nicht nötig. Einzige Bedingung ist die Teilnahme an einem Themenseminar. Die Redaktionsseminare finden jeweils im BJA Fulda statt.

Zur Krise ist alles gesagt?!

BDKJ organisiert Seminar zur politischen und ökonomischen Bildung in Wannsee



Mit dem Zusammenbruch der Lehman Brothers 2008 beginnt eine beispiellose Krise, die sich über den US-amerikanischen Immobilienmarkt bis zur sogenannten Rettung Griechenlands durch die EU entwickelt. Heute, 2014, sechs Jahre später, scheint die Krise immer noch nicht überwunden zu sein, Europa schwächelt und die Systemfrage ist gestellt.

Wie ist dieser tiefe wirtschaftliche und politische Einschnitt verständlich und sprachbar zu machen? Wie ist es möglich die Krise zu vermitteln? Wie bedingt die Krise noch heute politische Entscheidungen?

Um diesen Fragen nach zu gehen, veranstaltete der BDKJ Fulda Mitte November ein Seminar in Berlin. Dieses fand in Kooperation mit der Universität Bremen und dem Wannsee-Forum statt und richtete sich an Multiplikator*innen der politischen Bildung. Dabei wurden anhand von Süßigkeiten und Papierfliegern Wirtschaftsprozesse wie Produktion, Konkurrenz und Spekulation verdeutlicht und reflektiert.

Der Fokus lag vor allem darauf, neue Methoden kennenzulernen und neue edukative Konzepte zu entwickeln, um die Krise begreifbar zu machen. Immer wieder wurde ausgewertet, wie das Thema für Jugendliche interessant zu gestalten und zu verdeutlichen ist. In der Auseinandersetzung kam es zu folgendem Erkenntnisgewinn:

1. Die Krise hat viele Gesichter. Mit der Krise ist oft nur der Verlust von Finanzmitteln und das Einbrechen der Wirtschaft verbunden. Demgegenüber kann es aber zu einem Wachstum im Bereich der billig produzierten Güter kommen.

2. Es gibt nicht die eine Person, die die Schuld an der Krise trägt. Dass die Krise so gekommen ist, hat mehrere Ursachen wie z.B. deregulierte Finanzmärkte, ungleiche Verteilung und die weltweite Vernetzung.

3. In und nach der Krise lässt sich ganz unterschiedlich diskutieren und argumentieren. Die großen Klassiker wie Smith und Keynes hätten in der Krise mit ihren Theorien völlig unterschiedliche Lösungen angeboten. Milton Friedman hätte die Krise wahrscheinlich als unvermeidlich bezeichnet und Karl Marx eine gerechtere Verteilung gefordert.

Das Seminar hat vor allem gezeigt, dass Wirtschaft ganz lebendig ist und es lohnenswert ist, die Prozesse dahinter zu verstehen.

Der obligatorische Trip nach Berlin durfte natürlich auch nicht fehlen. Für einen Großteil der Gruppe war es der erste Ausflug in die Hauptstadt und ein erstes Kennenlernen des wohl größten Ortes jüngster Politikgeschichte. ◀

Fredrik Kempf



Foto: BDKJ Fulda





Romwallfahrt der Minis



Am 2. August 2014 machten sich zehn vollbeladene Busse aus allen Ecken des Bistums Fulda auf den Weg zur großen Ministrantenvallfahrt der deutschen Bistümer nach Rom. Mit Zwischenstopp zur Messe in Seferracavallo ging es nach Rom in die verschiedenen Quartiere und nach kurzem Verschnaufen zu einer ersten Erkundungstour in die Stadt. Die nächsten fünf Tage war Rom voll von Minis aus Deutschland. Wo man auch hinging: Immer traf man Jugendliche mit den bunten Pilgertüchern. Diese Tücher wurden innerhalb kürzester Zeit zum begehrten Tauschobjekt, da jedes Bistum eine andere Farbkombination hatte.

Am Dienstagabend stand das größte Highlight der Fahrt an. Insgesamt 50 000 Ministrantinnen und Ministranten aus ganz Deutschland versammelten sich auf dem Petersplatz zum gemeinsamen Abendgebet mit Papst Franziskus. Der Papst genoss es, durch die Reihen der Minis zu fahren und sie zu begrüßen. Nach seiner ausgiebigen „Tour“ über den Petersplatz, folgte ein Abendgebet mit dem Heiligen Vater, bei dem er seine Katechese sogar auf Deutsch hielt. Glücklich und begeistert vom Papst und der großen Gemeinschaft der Ministrantinnen und Ministranten machten sich die Minis nach dem Programm auf den Heimweg.

Das zweite Highlight folgte am Mittwochabend. Bei einem „blind date“ trafen sich die Minis in kleinen, bistumsübergreifenden Gruppen an hunderten verschiedener Plätze in Rom, zum Spielen, Beten und Spaß haben.

Auch Bischof Algermissen war extra zur Romwallfahrt angereist und feierte am Donnerstag mit den Ministrantinnen und Ministranten des Bistums Fulda eine Heilige Messe in der besonderen Atmosphäre des Petersdoms. Er lobte das Engagement der Mädchen und Jungen in ihren Gemeinden und freute sich sehr über die Begegnungen mit ihnen in Rom.

Am Freitag hieß es dann schon wieder Abschied nehmen von dieser faszinierenden Stadt. Aber mit Sicherheit werden die Minis aus Fulda diese Tage nicht vergessen. ◀



Präventionsschulungen: Interview mit Alexandra Kunkel

1. Das staatliche Gesetz und die Präventionsordnung verlangen für ehrenamtliche Jugendgruppenleiter künftig ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis. Ist das begrüßenswert?

Begrüßenswert ist, dass dem Thema Prävention und Schutz vor Missbrauch mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird und es zu einem festen Qualitätsmerkmal unserer Jugendarbeit wird. Das Führungszeugnis ist dabei ein Baustein innerhalb eines ganzen Präventionskonzeptes, in dem die Sensibilisierung durch Schulungen den wichtigsten Punkt bilden.

2. Schreckt das nicht ab?

In unseren Augen soll es in Zukunft zur Normalität werden, dass Personen, die im Kinder- und Jugendnahen Bereich ein Ehrenamt ausüben möchten, auch ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis abgeben. Wer motiviert ist sich ehrenamtlich zu engagieren, wird dies nicht als Hürde empfinden. Für uns ist es ein Qualitätsmerkmal unserer Jugendarbeit auch Gruppenleiter in diesem Bereich zu qualifizieren.

3. Wäre mehr Präventionsarbeit nicht sinnvoller?

In der kirchlichen Jugendarbeit besteht Präventionsarbeit aus einem ganzen Paket von Maßnahmen, insbesondere die Schulungen der Ehrenamtlichen haben hier einen herausragenden Stellenwert. Jede*r Ehrenamtliche, die sich in der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit engagieren will, wird eine sechsstündige Schulung besuchen müssen. In dieser Schulung wird die Ehrenamtliche für das Thema sensibilisiert und bekommt Tipps und Hilfe wie er in schwierigen Situationen handeln muss. ◀

Alexandra Kunkel,
Ansprechpartnerin für den Bereich
Prävention in der Jugendarbeit

Kontakt:
alexandra.kunkel@bistum-fulda.de

Termine für Präventionsschulungen unter
www.jugend.bistum-fulda.de

Interrail-Tour der KjG Fulda



80 Stunden Zug, 7 verschiedene Länder, tausende schöne Momente und Erinnerungen.

Das sind Schlagworte, welche die Interrail-Tour der Katholischen jungen Gemeinde Fulda treffend beschreiben können. Mit ihr erweiterte der Kinder- und Jugendverband sein jährliches Freizeitenprogramm um ein ganz neues Element. Ziel sei es, junge Menschen ab 18 Jahren auf Reisen zusammenzubringen. Ihren Blickwinkel auf das Miteinander als Gruppe, andere Länder und Kulturen, aber auch auf sich selbst zu verändern.

Die Reiseroute führte die Gruppe 14 Tage im September von Prag nach Salzburg. Highlights entlang der Strecke

waren die Festung von Prag, der Flohmarkt von Budapest, die Constanta am schwarzen Meer, der Regierungspalast in Bukarest, trendige vegane Restaurants in Belgrad, das Museum der zerbrochenen Beziehungen in Zagreb und das Mozarthaus in Salzburg. Seine wertvollsten Erfahrungen fasst Fredrik Kempf, einer der Teilnehmenden, wie folgt zusammen: „Budapest ist schön, im Nachtzug ist es eng, in Rumänien hilft kein Englisch, in Belgrad kein Euro und Zagreb ist besser als sein Ruf!“ Das Projekt Interrail hat Potential meint auch Matthias Feuerstein, Referent des Verbandes. Er kann sich gut vorstellen, dass es auch im nächsten Jahr wieder ähnlich motivierte Aktionen im Programm der KjG gibt, welches auch online unter www.kjg-fulda.de einzusehen ist. ◀

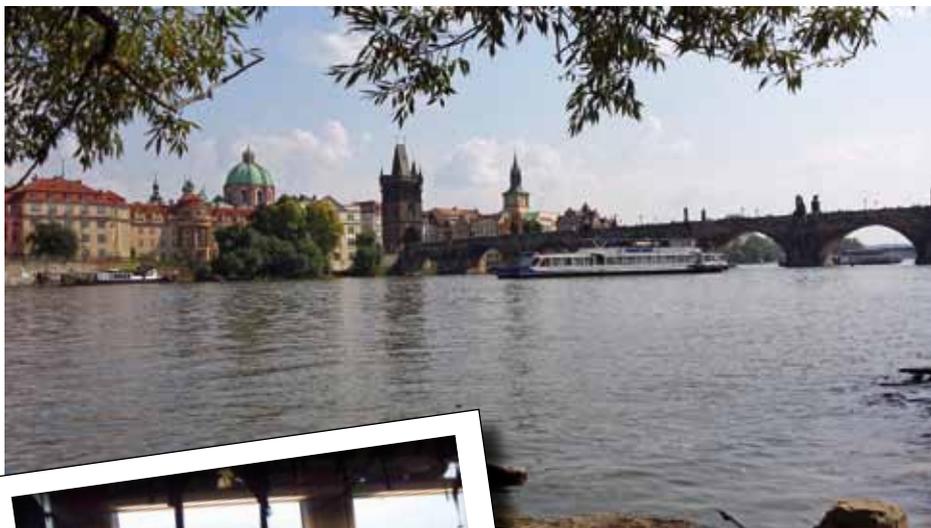
Zeltlager der KjG Fulda in Hilders



Wie bereits seit mehreren Jahren, fand auch in diesem Jahr wieder ein Kinderzeltlager der Katholischen jungen Gemeinde Fulda (KjG) auf dem Buchschirmzeltplatz bei Hilders statt.

Insgesamt 31 Kinder und ihre Betreuer waren 11 Tage lang gemeinsam in den Sommerferien unterwegs. Die Freizeit fand unter dem Motto „Zipfelmützenalarm“ statt und eine fabelhafte Zwergenwelt bot den thematischen Rahmen für die Erlebnisse der Teilnehmenden. 5 Tage erprobten außerdem weitere 34 Kinder im Alter von 6 - 11 Jahren das Zeltlagerleben beim so genannten Schnupperlager.

Von Lagerbauten über Schwimmbadbesuche oder einer Mehrtageswanderung durch die Rhön wurde den Kindern ein abwechslungsreiches Programm geboten, bei welchem die typischen Elemente wie Lagerfeuer und Gesang nicht fehlen durften. Darüber hinaus beschäftigten sich die Kinder intensiv mit dem Thema „Menschen auf der Flucht“, was das aktuelle Jahresthema der KjG Fulda ist. Ein gemeinsamer Abschlussgottesdienst mit Jugendpfarrer Renze rundete die Freizeit für Eltern, Teilnehmer*innen und Betreuer*innen ab. Auch im kommenden Jahr wird von der KjG Fulda ein Zeltlager veranstaltet. Anmeldung und Informationen gibt es bei der KjG Diözesanstelle Fulda, Tel. 0661/87462 oder kjg@bistum-fulda.de. ◀



80 Stunden Zugfahrt...



... durch sieben Länder!

Fotos: KjG Fulda

Integrative Kinderfreizeit der KjG



Das Ludwig-Wolker-Haus im Ort Kleinsassen wurde in den vergangenen Tagen zum Austragungsort der diesjährigen integrativen Kinderfreizeit der Katholischen jungen Gemeinde Fulda.

Dort herrschte Aufruhr, denn Gargamel hatte einige Schlümpfe gefangen genommen und ins Weltall geschickt. Papa Schlumpf war darüber sehr traurig und bat die Teilnehmenden der Freizeit um ihre Hilfe. Diese waren begeistert und halfen beim Bau einer Rakete und der Erkundung des Weltalls.

Soweit die Rahmenhandlung der diesjährigen Ferienfreizeit, bei welcher Kinder im Alter von 8-13 Jahren neben jeder Menge Spaß auch den Gedanken des selbstverständlichen Miteinanders zwischen Kindern mit und ohne Behinderung erfahren sollten. Die Freizeit wird nicht zuletzt durch das finanzielle Engagement des Bistums Fulda, des Landkreises Fulda und der Aktion Mensch ermöglicht. Neben einer 2-Tageswanderung standen unter anderem ein Lagerfeuer, Gummihuhngolf und ein Casino-Abend auf dem Programm. Außerdem wurde thematisch gearbeitet. So gab es einen Tag zum diesjährigen Jahresthema der KjG, „Menschen auf der Flucht“. Zum Abschluss der Freizeit rundete ein großes Fest die Ferienfreizeit ab, bei welchem



der Sieg über Gargamel gefeiert wurde.

Die Kinder und die Betreuer*innen hatten 9 sehr schöne Tage in der Rhön und freuen sich schon jetzt auf die nächste Integrative Ferienfreizeit in 2015. ◀



Foto: DPSG Marburg

Die Sommerferien sind vorbei - Das Programm steht!



Auch in den Ferien hat sich in der J-GCL einiges getan. Nach sechs erholsamen Wochen trafen wir Gruppenleiter*innen uns am letzten Wochenende im Ludwig-Wolker-Haus in Kleinsassen.

Gemeinsam pflanzten wir das kommende Schuljahr, unsere Aktionen und führten wichtige Wahlen durch. So haben wir nun zwei Präfektinnen (Pia Simon u. Lisa Kortüm), eine kirchliche Assistentin (Susanne Krenzer) und eine Kassensprüferin (Felicitas Fischer). Herzlichen Glückwunsch!

Nun starten wir motiviert und voller Elan und Vorfreude ins nächste Jahr, denn wir konnten gemeinsam mit unserem erwachsenen Mitarbeiter (Wolfram Böhm) und unserem Referenten (Markus Goldbach) erfolgreich den Terminkalender mit Frühschichten, lustigen Wochenenden für Schülerinnen, Gottesdiensten und einem Sommerfest füllen.

Außerdem freuen wir uns auf viele Kooperationsaktionen mit KSJ und Co. ◀



Foto: J-GCL Fulda

Herzliche Grüße
von den GCLerinnen Lisa Kortüm, Tamara Vogel und Felicitas Fischer

„... dem Himmel entgegen...“



11. Malteser Fußwallfahrt mit Spaß, Momenten der Ruhe und toller Gemeinschaft

28 Malteser*innen pilgerten zur 11. Fußwallfahrt der Malteser gemeinsam von Bimbach nach Burkhardts.

Die Wallfahrt startete in Bimbach. Nach gemeinsamer Wanderung und einem Eröffnungsgottesdienst erreichten die Pilger*innen am Abend Blankenau. Von da aus ging es am zweiten Tag gemeinsam in dem Kletterpark Hoherodskopf in die Höhe. Mutig erklommen sie den Kletterparcour und kamen so - getreu dem Motto der Wallfahrt - „Schritt für Schritt dem Himmel entgegen.“ Nach einem gemütlichen Pilgerabend, stand am letzten Tag noch eine große Etappe bevor. 18 Kilometer legten die Malteser*innen zurück und erreichten am frühen Nachmittag die Kirche in Burkhardts. Dort endete die Wallfahrt mit einem Gottesdienst. Zelebriert wurde der Gottesdienst von dem Malteser Jugendseelsorger Kaplan Alexander Best. „Mir hat die Wallfahrt auch in diesem Jahr wieder gut gefallen. Ich war schon letztes Jahr mit dabei. Wir hatten jede Menge Spaß, Momente der Ruhe und eine tolle Gemeinschaft!“, fasst Lina Müller aus der Gliederung Kassel das Wochenende zusammen. ◀



Foto: Malteser Jugend Fulda

Endlich 60: Jubiläumslager der DPSG-Marburg



2014 ist ein besonderes Jahr für die DPSG-Marburg: Vor 60 Jahren wurde der Stamm gegründet. Der passende Rahmen für die Jubiläumsfeier war das schon traditionelle Familienlager des Stammes im Marburger Stadtwald, zu der alle Stammesmitglieder, deren Eltern, Geschwister, Freunde, Interessierte und besonders auch die „Ehemaligen“ eingeladen waren.

Freitagabend ging es los mit Zelte aufbauen, sich begrüßen, allen Nicht-Pfadfinder*innen ein weißes Halstuch umhängen, Kinder altersgemäß auf die Stufen aufteilen, Tische und Bänke aufstellen, Lagerfeuer machen, aufs Essen warten ... und schon war es dunkel. Auf den Tischen leuchteten Kerzen, das Lagerfeuer brannte und das Essen war fertig. Knapp 90 Leute ließen sich die Käsespätzle schmecken. Nach dem Essen fand sich schnell eine Spülbrigade aus Eltern. Und ein gelungener erster Tag klang stilvoll am Lagerfeuer aus. Am Samstagmorgen wechselten die Ältesten der Gruppen zur nächst höheren Altersstufe und wurden feierlich von ihrer neuen Gruppe aufgenommen. Vorher hatten sich alle beim Schüttelspiel kennengelernt. Nach dem Frühstück und nach dem Mittagessen standen für die Eltern und Kinder Workshops an. Batischen, Speckstein, Volkstanz. Giga-Jurte aufbauen, Lagerbauten, Bogenschießen, Pois und Jonglage, Lederarbeiten und Katapulte bauen konnten gewählt werden. Um 16:00 Uhr begann dann der offiziellere Teil des Jubiläums mit Kaffee

und Kuchen und Smalltalk mit Ehemaligen und geladenen Gästen.

Die Stammesvorsitzenden Richard Brohli Brohl und Sir Michael Klues begrüßten die Ehrengäste und berichteten kurz aus der Stammesgeschichte. Dann war Gelegenheit für Grußworte. Zu den Gratulanten gehörten Thomas Jansch und Martin Stanke aus dem Diözesanvorstand der DPSG-Fulda, Vertreter*innen der drei Heimatgemeinden des Stammes St. Peter & Paul, St. Franziskus und St. Johannes, der Oberbürgermeister der Stadt Marburg, sowie Vertreter*innen des Landkreises und des Kreisjugendrings. Alle gaben sich erfreulich viel Mühe kurz, prägnant und kindgerecht zu reden. Anschließend feierte man eine Messe mit Kurat Joachim Negel, der sich über die Gigajurten-Kirche mit Sakristei freute. Nach dem Abendessen trafen sich alle am Feuer zum Singen und Erzählen von alten und neuen Zeiten. Es gibt Gerüchte, dass mehrere Leiter*innen noch bis Sonntagmorgen am Feuer saßen...

Den Sonntagmorgen gestaltete jede Stufe für sich mit einem eigenen Programm, während die Eltern schon mal damit begannen den Lagerturm und die Gigajurte wieder abzubauen. Nachdem mittags alle „Heißen Hunde“ verzehrt waren, packten alle mit an, um die Zelte und das restliche Material wieder einzupacken und zu verstauen. Ein tolles Jubellager war vorbei! ◀

Markus Schilling (Pfadfinderleiter, DPSG-Marburg)



Foto: DPSG Marburg

Eine Reise durch die Zeit – KLJB Sommerfreizeit in Kleinsassen



Es ist morgens, 7:46 Uhr in der Ludwig-Wolker-Zeitmaschine in Kleinsassen. Mit einem lauten Rums setzt das Raumschiff auf.

Die Landung war zwar nicht schön, aber wenigstens sind jetzt alle 8 Mitglieder der Besatzung sowie die 23 Passagiere im Alter von 9 - 13 Jahren wach geworden. Auf dem anschließenden morgendlichen Rundgang überprüft die Besatzung, ob alle die Zeitreise über Nacht gut überstanden haben. Anschließend machen sich Besatzung und Reisende noch leicht verschlafen auf den Weg zur Kommandobrücke der Zeitmaschine. Dort zeigt der KLJBtän den gespannten Reisenden anhand eines kurzen Videos, an welchem Ort die Ludwig-Wolker-Zeitmaschine heute gelandet ist. Passend zum neuen Ort bekommen sie eine Aufgabe für den Tag in der neuen Zeit, welche gelöst werden muss, damit die Zeitmaschine am Abend wieder in eine neue Epoche aufbrechen kann.

Eine der ersten Stationen führten die KLJB-Crew in die Vergangenheit, genau genommen bis zurück zur Steinzeit. Dort lernten wir, wie die Menschen damals gelebt haben, ganz ohne Strom und andere Annehmlichkeiten. Zum Glück konnte die kalte Bordküche auch an diesem Tagen etwas leckeres zaubern, was dann natürlich ganz klassisch ohne Messer und Gabel gegessen werden musste. Danach wurde es nass, denn die Zeitmaschine zeigte, dass sie auch unter Wasser gut funktioniert und brachte die gespannten Reisenden in die verlorene Stadt von Atlantis. Um wieder ungefährdet auftauchen zu können, mussten sie eine Reihe von Aufgaben in der Unterwasserwelt erledigen. Auch in die Zukunft ging es für die 31-köpfige Mannschaft an Bord der Zeitmaschine. In einer futuristischen Disco voller Lichter, Farben und verrückter Kostüme konnten die Reisenden schon einmal erleben, wie es in der Zukunft so vor sich gehen könnte.

Zum Glück schaffte es die Ludwig-Wolker-Zeitmaschine nach 11 Tagen wieder unbeschadet in Kleinsassen zu landen. Bevor sich die Wege der Reisenden und Besatzung wieder trennten, verbrachten alle noch gemeinsam mit Eltern und Gästen einen schönen Gottesdienst, der von Monsignore Christof Steinert gehalten wurde. Dieser hatte auch keine Kosten und Mühen gescheut und war bereits während der Zeitreise zur Zeitmaschine gereist, um einen Gottesdienst zum Thema Zukunft zu halten. Nachdem die Zeitmaschine danach erstmal wieder eingemottet wurde, freuen wir uns schon auf das Herbstwochenende der KLJB vom 07. - 09. November im Thomas-Morus-Haus in Hilders sowie auf die Sommerfreizeit im nächsten Jahr. Diese findet vom 24.08 - 03.09. 2015 wieder im Ludwig-Wolker-Haus in Kleinsassen statt. Auch dort begeben wir uns wieder auf eine Reise - in ein „total verrücktes Land“. ◀



Fotos: KLJB Fulda

Das nächste Magazin erscheint
im Juni 2015. Hast du Lust, redaktionell
mitzuwirken? Infos Seite 21 ...

Termine Wann? Wer? Was?

4. - 8. Januar - KJG Fulda

„Winterspaßtage“ Thomas-Morus-Haus Hilders, 9 -16 Jahre, 65,- Euro, erm. 50,- Euro.
Infos und Anmeldung unter kjg@bistum-fulda.de

6. Januar - BDKJ Fulda und BJA Fulda

„Sternsingeraussendung“ im Fuldaer Dom. Infos und Anmeldung unter bja@bistum-fulda.de

8. - 11. Januar - KSJ Fulda

„LIST- LeiterInnenschulung“ in Dalherda, ab 16 Jahren, 35,- Euro.
Infos und Anmeldung unter ksj@bistum-fulda.de

25. Januar - BDKJ Fulda

„Jugendgottesdienst“ um 18.30 Uhr in St. Paulus, Fulda Ziehers Nord. Jahresthema: „Zeichen setzen...“
Mitgestaltet vom BDKJ Fulda. Infos unter bdkj@bistum-fulda.de

31. Januar - Kath. Jugendreferat Marburg

„Pädagogischer Praxistag“ für Gruppenleiter in Niederweimar. Kosten 10,- Euro.
Infos und Anmeldung unter jugendbildung-marburg@pastoral.bistum-fulda.de

22. Februar - BDKJ Fulda

„Jugendgottesdienst“ um 18.30 Uhr in St. Paulus, Fulda Ziehers Nord. Jahresthema: „Zeichen setzen...“
Mitgestaltet von der DPSG. Infos unter bdkj@bistum-fulda.de

27. Februar - 1. März - KJG Fulda

„Jahresthema-Wochenende: Muss nur mal kurz die Schöpfung retten“ in der Rhön, 16 - 27 Jahre,
Kosten, 55,- Euro, erm. 40,- Euro. Infos und Anmeldung unter kjg@bistum-fulda.de

20. - 22. März - BDKJ Fulda

„Sexismus in Serie“ Seminar zum Thema „Geschlecht und Geschlechterverhältnisse“ in Fernsehserien.
LWH Kleinsassen, 16 - 27 Jahren, Kosten 30,- Euro. Infos und Anmeldung unter bdkj@bistum-fulda.de

5. -11. April - BDKJ Fulda / Arbeit u. Leben, Hessen

„Can´t hold us“ Jugendbegegnung in Frankfurt mit Leuten aus Deutschland, Frankreich, Marokko und
Tunesien zwischen 16 u. 27 Jahren, ca.50-100 Euro. Infos und Anmeldung unter bdkj@bistum-fulda.de

Veranstungsheft des BDKJ und BJA 2015



Alle Termine für Events, Freizeiten, Schulungen,
Gottesdienste, Ministrantentreffen ... findet ihr im
neuen Jahresprogramm.

Gerne schicken wir euch ein Heft zu.

Bitte über bdkj@bistum-fulda.de anfordern.

